

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2025

schützen

Versicherungen
Vorsorge
Finanzen

planen

sparen

LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a.G. (LVM a.G.)
Kolde-Ring 21
48151 Münster

Telefon: 0251 702-0
info@lvm.de
www.lvm.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	5
A.1 Geschäftstätigkeit	5
A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis	8
A.3 Anlageergebnis	11
A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	13
A.5 Sonstige Angaben	13
B Governance	14
B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System	14
B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	18
B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	21
B.4 Internes Kontrollsystem	25
B.5 Funktion der internen Revision	28
B.6 Versicherungsmathematische Funktion	29
B.7 Outsourcing	30
B.8 Sonstige Angaben	32
C Risikoprofil	33
C.1 Versicherungstechnisches Risiko	33
C.2 Marktrisiko	36
C.3 Kreditrisiko	42
C.4 Liquiditätsrisiko	43
C.5 Operationelles Risiko	44
C.6 Andere wesentliche Risiken	45
C.7 Sonstige Angaben	46
D Bewertung für Solvabilitätszwecke	47
D.1 Vermögenswerte	47
D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen	53
D.3 Sonstige Verbindlichkeiten	58
D.4 Alternative Bewertungsmethoden	62
D.5 Sonstige Angaben	62
E Kapitalmanagement	63
E.1 Eigenmittel	63
E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	65
E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	67
E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	67
E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvvenzkapitalanforderung	67
E.6 Sonstige Angaben	67
Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterung	68
Anhang Meldebögen	73

Zusammenfassung

Im Folgenden werden die Inhalte des Berichts über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) 2025 für den LVM a.G. gemäß Art. 292 DVO zusammengefasst. Dabei werden etwaige wesentliche Änderungen in Bezug auf Geschäftstätigkeit und Leistung des Versicherungsunternehmens, sein Governance-System, sein Risikoprofil, die Bewertung für Solvabilitätswert und das Kapitalmanagement im Berichtszeitraum herausgestellt. Das aktive Rückversicherungsgeschäft wird von dem LVM a.G. in sehr geringem Umfang betrieben.

Die im Fließtext angegebenen Beträge sind in Tausend Euro, wenn nicht anders angegeben. Die Beträge wurden kaufmännisch gerundet.

Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

Der LVM a.G. mit Sitz in Münster ist das Mutterunternehmen der LVM-Gruppe und betreibt das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung.

Im Geschäftsjahr 2025 erzielte der LVM a.G. ein versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. von 214.202 Tsd. € (Vj. 133.403 Tsd. €). Dies entspricht einer Veränderung von +60,6% (Vj. +23,3%). Die Erhöhung resultiert i. W. aus der hohen Beitragssteigerung sowie einem günstigen Schadenverlauf. Der Schwankungsrückstellung wurden 146.754 Tsd. € zugeführt (Vj. Zuführung 81.547 Tsd. €). Das Rückversicherungsergebnis fiel aufgrund des günstigen Schadenverlaufs mit 91.781 Tsd. € zugunsten der Rückversicherer aus (Vj. 2.064 Tsd. € zulasten der Rückversicherer).

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen ohne Berücksichtigung der Veränderung der Bewertungsreserven betrug 194.978 Tsd. € (Vj. 169.145 Tsd. €). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 2,3% (Vj. 2,1%).

Bei den in diesem Abschnitt genannten Zahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung handelt es sich um Werte aus dem handelsrechtlichen Jahresabschluss.

Governance-System

Bei der Überprüfung des Governance-Systems des LVM a.G. im Jahr 2025 durch den Vorstand wurde kein wesentlicher Handlungsbedarf identifiziert, sodass alle Vorstandsmitglieder das Governance-System des LVM a.G. als angemessen und wirksam bewerteten. Es ergaben sich keine wesentlichen Änderungen des Governance-Systems im Jahr 2025.

Risikoprofil

Die Grenze, ab wann ein Risiko im Rahmen des Wesentlichkeitskonzepts für quantifizierbare Risiken als wesentlich eingestuft wird, wird aus den jeweils zur Bedeckung der Risiken zur Verfügung stehenden Eigenmitteln abgeleitet. Daraus ergeben sich für den LVM a.G. als wesentliche Unterisikokategorien das Aktien-, das Spread-, das Fremdwährungs-, das Immobilien-, das Katastrophen- und das Prämien- und Reserverisiko. Die Solvenzkapitalanforderung liegt insgesamt bei 3.027.083 Tsd. € (Vj. 2.559.285 Tsd. €). Das größte Teilrisiko ist das Marktrisiko mit 3.214.235 Tsd. € (Vj. 2.790.518 Tsd. €). Stresstests und Szenarioanalysen zeigen, dass trotz negativer äußerer Einflüsse die Solvenzquote

auf einem Niveau von ca. 300% verbleibt. Wesentliche Änderungen des Risikoprofils haben sich unterjährig nicht ergeben. In Bezug auf die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen werden die Risiken grundsätzlich nach der Standardformel berechnet.

Bewertung für Solvabilitätszwecke

Bei der Aufstellung der Solvenzbilanz kommt es zu Bewertungsunterschieden gegenüber der Handelsbilanz. Diese liegen in den Bereichen der Kapitalanlagen, der sonstigen Vermögenswerte, der versicherungstechnischen Rückstellungen und der sonstigen Verbindlichkeiten. Die versicherungstechnischen Rückstellungen des LVM a.G. betragen in der Solvenzbilanz 2.612.229 Tsd. € (Vj. 2.585.207 Tsd. €). Dabei nutzt der LVM a.G. kein Volatility Adjustment und keine Übergangsmaßnahmen. Eine wesentliche Änderung der Bewertungsmethodik zum Vorjahr gibt es nicht. Der Anstieg der versicherungstechnischen Rückstellungen beruht vor allem auf Bestandswachstum beim LVM a.G.

Kapitalmanagement

Insgesamt ergeben sich für den LVM a.G. zum 31.12.2025 Basiseigenmittel in Höhe von 8.176.681 Tsd. € (Vj. 7.414.695 Tsd. €) sowie ergänzende Eigenmittel in Höhe von 2.790.540 Tsd. € (Vj. 2.517.112 Tsd. €). Sämtliche Basiseigenmittel fallen in die Tier 1-Kategorie, die ergänzenden Eigenmittel in die Tier 2-Kategorie. Die Solvenzkapitalanforderung des LVM a.G. beträgt zum Ende des Berichtszeitraums 3.027.083 Tsd. € (Vj. 2.559.285 Tsd. €), welche zu einer Solvenzquote von 320% (Vj. 340%) führt. Die Mindestkapitalanforderung liegt bei 756.771 Tsd. € (Vj. 639.821 Tsd. €). Die MCR-Bedeckungsquote beträgt 1080% (Vj. 1159%).

A Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1 Geschäftstätigkeit

Der LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a.G. Münster ist ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Für die Finanzaufsicht zuständige Aufsichtsbehörde für den Einzelabschluss sowie für die Gruppe:

Anschrift der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Graurheindorfer Str. 108 53117 Bonn

alternativ:

Postfach 1253
53002 Bonn

Kontaktdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht:

Fon: 0228 4108-0
Fax: 0228 4108-1550

E-Mail: poststelle@bafin.de oder De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

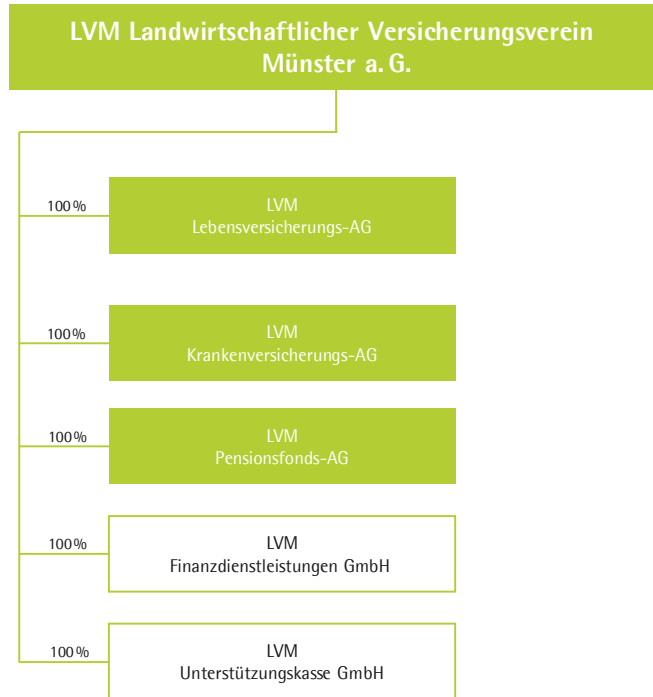
Externer Abschlussprüfer:

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Kristina Stiefel
Partnerin
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37
60327 Frankfurt am Main

Mobile: 0171 7640010
E-Mail: kristina.stiefel@pwc.com

Der LVM a.G., der das oberste Mutterunternehmen der LVM-Gruppe ist, hält folgende wesentliche Beteiligungen. Die Beteiligungsquote beträgt jeweils 100%, der Sitz der Gesellschaften ist jeweils in der Bundesrepublik Deutschland.

LVM Lebensversicherungs-AG, Münster
LVM Krankenversicherungs-AG, Münster
LVM Pensionsfonds-AG, Münster
LVM Finanzdienstleistungen GmbH, Münster
LVM Unterstützungskasse GmbH, Münster



Das räumliche Geschäftsgebiet erstreckt sich nahezu ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland. Folgende wesentliche Geschäftsbereiche werden vom LVM a.G. betrieben (selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft):

- Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
- Sonstige Fahrzeugversicherung
- Feuer- und Sachversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Rechtsschutzversicherung
- Einkommensersatzversicherung

Wesentliche Ereignisse im Berichtszeitraum

Im Geschäftsjahr gab es keine wesentlichen Ereignisse.

A.2 Versicherungstechnisches Ergebnis

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über das handelsrechtliche versicherungstechnische Ergebnis des Geschäftsjahres und einen Vergleich zum Vorjahr.

Vergleich Geschäftsjahr/Vorjahr			
Geschäftsbereiche: Schaden-/Unfallversicherungen	Gesamt	Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung	Sonstige Fahrzeugversicherung
2025 in Tsd. €			
Verdiente Beiträge	3.827.657	1.032.571	888.822
+Technischer Zinsertrag	7.999	146	0
- Aufw. für Versicherungsfälle	2.404.258	825.815	684.266
+ Veränderung übriger vt. Rückstellungen	12.478	-2.170	-1.229
- Aufwendungen für erfolgs(-un)abhängige Beitragsrückerstattung	1.795	0	0
- Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	970.502	172.143	146.149
+ Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	-18.841	1.155	234
+ Veränderung der Schwankungsrückstellung u. ähnliche Rückstellung	-146.754	-4.398	-42.121
= Versicherungstechnisches Ergebnis Brutto	305.983	29.348	15.291
- Rückversicherungsergebnis	91.781	218	13.122
= Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	214.202	29.130	2.168
Vorjahr in Tsd. €			
Verdiente Beiträge	3.455.111	927.387	756.701
+Technischer Zinsertrag	8.364	147	0
- Aufwendungen für Versicherungsfälle	2.351.920	740.114	670.782
+ Veränderung übriger vt. Rückstellungen	7.005	-1.415	-724
- Aufwendungen für erfolgs(-un)abhängige Beitragsrückerstattung	1.721	0	0
- Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	887.103	154.760	127.972
+ Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	-16.850	1.368	258
+ Veränderung der Schwankungsrückstellung u. ähnliche Rückstellung	-81.547	-8.524	8.220
= Versicherungstechnisches Ergebnis Brutto	131.339	24.088	-34.299
- Rückversicherungsergebnis	-2.064	-46.200	5.657
= Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	133.403	70.288	-39.955
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Verdiente Beiträge	372.547	105.185	132.121
+Technischer Zinsertrag	-365	-1	0
- Aufwendungen für Versicherungsfälle	52.339	85.701	13.484
+ Veränderung übriger vt. Rückstellungen	5.473	-755	-506
- Aufwendungen für erfolgs(-un)abhängige Beitragsrückerstattung	75	0	0
- Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	83.398	17.382	18.177
+ Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	-1.991	-212	-24
+ Veränderung der Schwankungsrückstellung u. ähnliche Rückstellung	-65.207	4.126	-50.341
= Versicherungstechnisches Ergebnis Brutto	174.644	5.260	49.589
- Rückversicherungsergebnis	93.845	46.418	7.466
= Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	80.798	-41.158	42.124
Veränderung zum Vorjahr in %			
Verdiente Beiträge	10,8%	11,3%	17,5%
+Technischer Zinsertrag	-4,4%	-0,5%	n. a.
- Aufwendungen für Versicherungsfälle	2,2%	11,6%	2,0%
+ Veränderung übriger vt. Rückstellungen	78,1%	53,3%	69,9%
- Aufwendungen für erfolgs(-un)abhängige Beitragsrückerstattung	4,4%	n. a.	n. a.
- Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	9,4%	11,2%	14,2%
+ Sonstige vt. Erträge/Aufwendungen	11,8%	-15,5%	-9,3%
+ Veränderung der Schwankungsrückstellung u. ähnliche Rückstellung	80,0%	-48,4%	n. a.
= Versicherungstechnisches Ergebnis Brutto	133,0%	21,8%	n. a.
= Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	60,6%	-58,6%	n. a.

Haftpflicht- versicherung	Einkommensersatz- versicherung	Feuer- und Sach- versicherung	Rechtsschutzversicherung	UBR-Sparanteil
291.609	243.627	1.065.370	231.277	18.078
1	360	0	0	7.491
141.510	102.141	453.842	125.704	30.955
-94	10	5.878	-15	10.044
0	0	0	0	1.795
121.314	87.057	338.460	87.111	1.101
594	339	-21.211	488	67
-162	-1.168	-95.825	2.207	0
29.124	53.970	161.910	21.141	1.829
-1.904	4.767	72.910	1.684	0
31.028	49.203	89.000	19.457	1.829
285.217	228.044	969.647	219.405	20.050
1	351	0	0	7.864
125.810	91.150	547.550	110.334	34.351
-97	-120	-2.736	-45	12.033
0	0	0	0	1.721
118.826	81.129	306.556	81.249	1.235
632	337	-19.577	483	115
-143	45	-55.959	-19.102	0
40.973	56.378	37.268	9.157	2.756
6.661	1.893	28.162	1.383	0
34.312	54.485	9.106	7.774	2.756
6.392	15.583	95.723	11.871	-1.972
0	9	0	0	-374
15.700	10.991	-93.707	15.370	-3.396
4	130	8.614	31	-1.989
0	0	0	0	75
2.488	5.928	31.905	5.863	-134
-37	1	-1.634	6	-48
-19	-1.213	-39.865	21.310	0
-11.849	-2.409	124.641	11.984	-927
-8.565	2.874	44.748	301	0
-3.284	-5.283	79.893	11.683	-927
2,2%	6,8%	9,9%	5,4%	-9,8%
-8,7%	2,6%	n. a.	n. a.	-4,8%
12,5%	12,1%	-17,1%	13,9%	-9,9%
-3,9%	n. a.	n. a.	-67,1%	-16,5%
n. a.	n. a.	n. a.	n. a.	4,4%
2,1%	7,3%	10,4%	7,2%	-10,8%
-5,9%	0,3%	8,3%	1,2%	-41,8%
13,4%	n. a.	71,2%	n. a.	n. a.
-28,9%	-4,3%	334,4%	130,9%	-33,6%
-9,6%	-9,7%	877,3%	150,3%	-33,6%

LVM a.G. gesamt

Das versicherungstechnische Ergebnis des LVM a.G. wurde nahezu ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

Die verdienten Beitragseinnahmen beliefen sich im Berichtsjahr 2025 auf 3.827.657 Tsd. €. Dies entspricht einem Beitragswachstum von 10,8% (Vj. +11,9%). Das Beitragswachstum wurde insbesondere von der Kraftfahrt-Haftpflichtversicherung (+11,3%), der sonstigen Fahrzeugversicherung (+17,5%) sowie von der Feuer- und Sachversicherung (+9,9%) geprägt. Diese sind gleichzeitig die umsatzstärksten Sparten. Der Bestand, gemessen an der Stückzahl versicherter – mindestens einjähriger – Risiken, stieg aufgrund einer guten Vertriebsleistung um 2,7% (Vj. +3,5%) auf 17.507.350 Risiken. Die Anzahl der gemeldeten Schäden sank um 1,2% (Vj. +2,2%) gegenüber dem Vorjahr und lag zum Jahresende bei 949.375 Stück (Vj. 960.638 Stück). Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich um 2,2% auf 2.404.258 Tsd. € (Vj. 2.351.920 Tsd. €) und lagen damit unter der Prognose von 2.647.924 Tsd. €. Ausschlaggebend hierfür war ein außergewöhnlich günstiger Schadenverlauf ohne größere Kumulereignisse, insbesondere im Bereich der Elementarschäden. In der Folge wurde der Schwankungsrückstellung mit 146.754 Tsd. € deutlich mehr zugeführt als in der Prognose (Zuführung von 50.267 Tsd. €) vorgesehen war. Das Rückversicherungsergebnis fiel mit +91.781 Tsd. € zulasten des LVM a.G. und damit deutlich schlechter aus als prognostiziert (48.178 Tsd. € zulasten des LVM a.G.). Grund hierfür war ebenfalls der außergewöhnlich günstige Schadenverlauf. Es ergibt sich insgesamt ein versicherungstechnisches Ergebnis von +214.202 Tsd. €.

A.3 Anlageergebnis

Die bestimmenden Themen für die Kapitalmärkte im Jahr 2025 waren die Politik der neuen US-Regierung und künstliche Intelligenz. In Deutschland weckte die Ankündigung eines bis zu 500 Milliarden Euro schweren Investitionsprogramms Hoffnungen auf eine Erholung der deutschen Wirtschaft.

Der deutsche Aktienindex DAX und der amerikanische S&P 500 stiegen das dritte Jahr in Folge deutlich. Signifikante Kursrückgänge durch die US-Ankündigung exorbitanter Zölle im April konnten nach wenigen Wochen ausgeglichen werden. Für den Euro-Anleger schrumpften US-Gewinne durch Währungsverluste des US-Dollars jedoch merklich. Politische Unsicherheiten wurden an den Aktienmärkten in den Folgemonaten weitestgehend ausgeblendet. Edelmetalle konnten u.a. durch die politischen Unsicherheiten profitieren.

Die Europäische Zentralbank senkte in der ersten Jahreshälfte erneut in mehreren Schritten den Einlagesatz auf 2,0%. In den darauffolgenden Sitzungen hat sie diesen unverändert belassen. Hauptgrund für die Konstanz war die Inflation, die sich nahe dem 2%-Ziel stabilisiert hat.

In den USA senkte die Notenbank FED den Leitzins drei Mal um jeweils 25 Basispunkte. Der US-Arbeitsmarkt zeigte Schwächen, gleichzeitig betrug die Inflation im Schnitt 2,7% und der erwartete weitere Rückgang blieb aus.

Die Rendite 10-jähriger deutscher Staatsanleihen stieg im Kalenderjahr um ca. 50 Basispunkte, überschritt jedoch nicht die 3%-Schwelle. 10-jährige US-Renditen gingen, trotz hoher Budgetdefizite und einer weiter ansteigenden Staatsverschuldung, um 40 Basispunkte zurück und beendeten das Jahr bei ca. 4,2%.

Im Geschäftsjahr erzielte der LVM a.G. ohne Berücksichtigung der Veränderung der Bewertungsreserven ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen von 194.978 Tsd. € (Vj. 169.145 Tsd. €). Die Summe der Erträge (356.153 Tsd. €; Vj. 325.452 Tsd. €) ist im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der höheren laufenden Erträge (300.237 Tsd. €; Vj. 254.244 Tsd. €) gestiegen. Die Zuschreibungen haben sich von 38.297 Tsd. € im Vorjahr auf 42.329 Tsd. € erhöht. Reduziert auf 13.587 Tsd. € (Vj. 32.910 Tsd. €) haben sich die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen. Die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Aufwendungen für Kapitalanlagen (161.175 Tsd. €; Vj. 156.306 Tsd. €) resultieren aus höheren Abschreibungen (125.735 Tsd. €; Vj. 119.232 Tsd. €). Diese betrafen überwiegend den Immobilienbereich. Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen erreichte im Geschäftsjahr einen Wert von 2,3% und liegt damit über dem Ergebnis des Vorjahres von 2,1%.

Vergleich Anlageergebnis Geschäftsjahr/Vorjahr		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen		
Laufende Erträge	300.237	254.244
Zuschreibungen	42.329	38.297
Gewinne aus Abgang	13.587	32.910
Zwischensumme	356.153	325.452
Aufwendungen für Kapitalanlagen		
Verwaltungsaufwendungen und sonstige Aufwendungen	34.424	36.304
Abschreibungen	125.735	119.232
Verluste aus Abgang	1.016	770
Zwischensumme	161.175	156.306
Kapitalanlageergebnis	194.978	169.145

Die nachfolgende Tabelle zeigt das handelsrechtliche Anlageergebnis 2025 aufgeschlüsselt nach Bilanzposten der Solvenzbilanz. Für die einzelnen Bilanzposten sind die Ergebnisse aufgeteilt nach laufenden Erträgen, Gewinnen und Verlusten aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie den gebuchten Zu- und Abschreibungen. Die eigengenutzten Immobilien sind in der nachfolgenden Tabelle nicht berücksichtigt.

Anlageergebnis Geschäftsjahr 2025*							
Bilanzposten Tsd. €	Solvenz- bilanz	Laufende Erträge	Gewinne aus Abgang	Verluste aus Abgang	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Anlage- ergebnis
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	315.610	13.719	811	0	0	5.942	8.589
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschl. Beteiligungen	1.411.994	18.585	0	0	33.900	28.071	24.415
Aktien - notiert	1.657	0	0	0	0	280	-280
Aktien - nicht notiert	867	0	0	0	0	7	-7
Staatsanleihen	714.034	10.476	2.205	0	0	0	12.681
Unternehmensanleihen	547.254	12.187	0	0	0	0	12.187
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0	0	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	6.532.592	184.689	10.511	438	6.999	41.770	159.992
Derivate*	0	0	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	130.492	14.872	9	578	0	97	14.206
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	742.126	13.190	0	0	185	27	13.348
Sonstige Darlehen und Hypotheken	210.329	13.977	50	0	0	44.094	-30.066
Policendarlehen	12.131	148	0	0	0	0	148
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.697	0	0	0	0	0	0
Summe	10.622.784	281.844	13.587	1.016	41.085	120.287	215.213

* Bei den Derivaten besteht ein negativer Solvenzbilanzwert in Höhe von 139 Tsd.€, der unter den Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Die Verwaltungsaufwendungen und die sonstigen Aufwendungen für die Kapitalanlagen sind nicht in der Tabelle enthalten und betragen für das Geschäftsjahr 34.424 Tsd.€ gegenüber 36.304 Tsd.€ im Vorjahr. Der Bilanzwert der eigengenutzten Immobilien betrug 253.954 Tsd.€ (Vj. 255.362 Tsd.€).

Der Bilanzposten Staatsanleihen enthält insbesondere Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen deutscher Bundesländer und Förderbanken (z. B. der NRW.Bank), Anleihen deutscher Bundesländer und europäischer Staaten sowie Anleihen und Namensschuldverschreibungen supranationaler Emittenten (z. B. der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)). Der Bilanzposten Unternehmensanleihen enthält insbesondere von Kreditinstituten begebene Pfandbriefe und Schuldverschreibungen.

Zu den in der Tabelle ausgewiesenen laufenden Erträgen in Höhe von 281.844 Tsd. € (Vj. 240.943 Tsd. €) kommen laufende Erträge aus eigengenutzten Immobilien in Höhe von 18.393 Tsd. € (Vj. 13.302 Tsd. €). Die Gesamtsumme der laufenden Erträge belief sich für das Geschäftsjahr somit auf 300.237 Tsd. € (Vj. 254.244 Tsd. €). Davon entfielen 184.689 Tsd. € auf den Bilanzposten Organismen für gemeinsame Anlagen, 27.316 Tsd. € auf Darlehen und Hypotheken und 18.585 Tsd. € auf Anteile an verbundenen Unternehmen, einschl. Beteiligungen.

Die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen überstiegen mit 13.587 Tsd. € die Abgangsverluste von 1.016 Tsd. € um 12.571 Tsd. €. Die Zuschreibungen der Kapitalanlagen lagen mit 41.085 Tsd. € deutlich unter den gebuchten Abschreibungen von 120.287 Tsd. €. Nicht in der Tabelle ausgewiesen sind die Zuschreibungen (1.244 Tsd. €; Vj. 0 Tsd. €) sowie die Abschreibungen (5.448 Tsd. €; Vj. 5.448 Tsd. €) auf eigengenutzte Immobilien.

In den Abschreibungen sind planmäßige Abschreibungen auf Immobilien (gesamt) in Höhe von 11.390 Tsd. € enthalten. Unter Herausrechnung dieser planmäßigen Abschreibungen wurde ein außerordentliches Kapitalanlagenergebnis von -59.445 Tsd. € (Vj. -37.588 Tsd. €) erzielt. Außerordentliche Abschreibungen auf Immobilienanlagen tragen maßgeblich zu diesem Ergebnis bei.

Der LVM a.G. weist wie im Vorjahr keine direkt im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste aus.

Im Geschäftsjahr 2025 waren wie in den Vorjahren keine Anlagen in Verbriefungen im Bestand.

A.4 Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Sonstige wesentliche Erträge und Aufwendungen sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten. Wesentliche Leasingvereinbarungen liegen nicht vor.

A.5 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über die Geschäftstätigkeit und das Ergebnis sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

B Governance

B.1 Allgemeine Angaben zum Governance-System

Vorstand LVM a.G.

Der LVM a.G. firmiert unter der Rechtsform eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVG) und ist das Mutterunternehmen der LVM-Gruppe. Der LVM a.G. mit Sitz in Münster wird aktuell von 6 Vorstandsmitgliedern geleitet. Die Aufgabenverteilung innerhalb des Vorstands erfolgt auf Grundlage eines Geschäftsverteilungsplans. Die Mitglieder des Vorstands haben die Verantwortung für die ordnungsgemäße Geschäftsorganisation. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Verfahrensregeln des Vorstands des LVM a.G. sind entsprechend in einer Geschäftsordnung festgelegt. Ausschüsse im Vorstand wurden nicht gebildet.

Aufsichtsrat LVM a.G.

Der Aufsichtsrat des LVM a.G. besteht aktuell aus 6 Personen und bildet das Kontrollorgan des LVM a.G. Er bestellt, überwacht und berät den Vorstand des LVM a.G. bei wichtigen Themenstellungen. Zudem wird er in für den LVM a.G. wesentliche Entscheidungen eingebunden. Der Aufsichtsrat wird in regelmäßigen Sitzungen über die Unternehmensplanung sowie grundlegende Fragen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, die Risikolage und die Entwicklungen im konzernweiten Risikomanagement unterrichtet. Hierfür sind verschiedene Ausschüsse eingerichtet worden. Die Ausschüsse haben die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats vorzubereiten und darüber zu wachen, dass seine Beschlüsse ausgeführt werden. Folgende 2 Ausschüsse sind derzeit eingerichtet:

■ **Ausschuss für Vorstands- und Nominierungsangelegenheiten**

Der Ausschuss für Vorstands- und Nominierungsangelegenheiten bereitet die Personalentscheidungen des Aufsichtsrats vor.

■ **Prüfungsausschuss**

Der Prüfungsausschuss hat die Aufgabe, sich mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems, des internen Revisionsystems und der Compliance sowie der Abschlussprüfung zu befassen.

Governance-System des LVM a.G.

Innerhalb des LVM a.G. ist der Vorstand für die Einrichtung der Schlüsselfunktionen und die Festlegung der Governance-Systematik verantwortlich. Die Versicherungstochterunternehmen des LVM a.G. sind in die Governance-Systematik der LVM-Versicherungsgruppe integriert. Darüber hinaus stellt der LVM a.G. den Versicherungstochterunternehmen seinen Außendienst zur Akquisition und zur Betreuung der Kunden zur Verfügung, ferner das Innendienstpersonal zur Verkaufsförderung, Antrags-, Vertrags- und Leistungsbearbeitung sowie Büroräume und die zur Bewältigung aller Geschäftsvorgänge erforderlichen technischen Einrichtungen. Zudem sind u. a. die Aufgaben der Abteilungen Portfolio Management, Rechnungswesen, Datenverarbeitung, interne Revision, die versicherungsmathematische Funktion sowie die Funktion des Risikomanagements und Compliance auf die Muttergesellschaft ausgegliedert.

Aufgrund der bestehenden Aufbauorganisation sowie der damit verbundenen Kosten-Nutzen-Vorteile sind für LVM-Leben und LVM-Kranken zuständige Vorstandsmitglieder als Ausgliederungsbeauftragte für die 4 Schlüsselfunktionen (versicherungsmathematische Funktion, unabhängige Risikocontrollingfunktion, Compliance-Funktion und Revisionsfunktion) benannt worden. Auf Vorstandsebene werden sämtliche relevante Informationen entsprechend zusammengeführt. Neben der ausreichenden Betrachtung der Ausgliederungsrisiken wird somit ein übergreifender Blick über die jeweiligen Themengebiete sichergestellt. In der jeweiligen Funktion ist das jeweilige Vorstandsmitglied für die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Schlüsselfunktion verantwortlich.

Die Governance-Struktur des LVM a.G. und insbesondere die Ausgestaltung der Aufbau- und Ablauforganisation in Bezug auf das Risikomanagementsystem orientieren sich an der grundsätzlichen Systematik der „3 Verteidigungslinien“ (Three-Lines-of-Defence-Modell).

In der ersten Verteidigungslinie sind die operativen Geschäftseinheiten für die konkrete Risikosteuerung sowie die Implementierung eines internen Steuerungs- und Kontrollsystems in ihrer Abteilung verantwortlich. Hierbei haben sie die dafür jeweils geltenden externen Regelungen (Gesetze, BaFin-Rundschreiben etc.) sowie internen Vorgaben (z.B. aus den innerbetrieblichen Leitlinien) zu beachten.

Auf der zweiten Verteidigungslinie befinden sich 3 der 4 aufsichtsrechtlich geforderten Schlüsselfunktionen, die unabhängige Risikocontrollingfunktion, die versicherungsmathematische Funktion sowie die Compliance-Funktion. Diese Governance-Funktionen erfüllen im Rahmen ihrer aufsichtsrechtlich normierten Aufgaben insbesondere eine zentrale Überwachungs- und Beratungsfunktion. In dieser Funktion unterstützen sie den Vorstand bei der Erstellung der innerbetrieblichen Vorgaben für die operativen Geschäftsbereiche.

Unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF) und Compliance-Funktion

Die unabhängige Risikocontrollingfunktion hat die zentrale Aufgabe, die Umsetzung des Risikomanagementsystems der LVM-Unternehmensgruppe maßgeblich zu fördern. Hauptziel der Compliance-Funktion ist es, systematisch dazu beizutragen, dass Verstöße gegen externe Regelungen vermieden bzw. wesentlich erschwert und eingetretene Verstöße erkannt und bearbeitet werden können. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion und die Compliance-Funktion sind organisatorisch im IT-Ressort angesiedelt. Die unabhängige Risikocontrollingfunktion sowie die Compliance-Funktion sind ausdrücklich nicht für das Eingehen von Risiken oder die Steuerung von Risiken auf operativer Ebene verantwortlich. Hierdurch werden mögliche Interessenkollisionen von Beginn an vermieden.

Versicherungsmathematische Funktion (VmF)

Die versicherungsmathematische Funktion ist für die in § 31 VAG genannten Aufgaben verantwortlich. Die versicherungsmathematische Funktion wird durch eine intern verantwortliche Person wahrgenommen, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch ein Gremium unterstützt wird. Die operationelle Unabhängigkeit wird unter anderem durch die Besetzung des Gremiums mit Personen aus unterschiedlichen Abteilungen/Bereichen

gewahrt. Potenzielle Interessenkonflikte werden somit bei der Erfüllung der genannten Aufgaben neutralisiert.

Revisionsfunktion

Die interne Revisionsfunktion ist als letztinstanzliche interne Überprüfungs- und Beratungsfunktion angesiedelt (dritte Verteidigungslinie). Diese Revisionsfunktion ist in einer unabhängigen, übergeordneten Stabsabteilung angesiedelt und dem Vorstandsvorsitzenden direkt unterstellt. Sie dient gleichzeitig der gesamten Geschäftsleitung als Instrument zur Erfüllung ihrer unternehmerischen und gesetzlichen Aufgaben und Verantwortungen. Die Revisionsfunktion ist unabhängig von den zu prüfenden Bereichen und Prozessen, um mögliche Interessenkonflikte zu vermeiden. In Ergänzung dazu werden keine Tätigkeiten durchgeführt, bei denen die Unabhängigkeit der Revisoren gefährdet sein könnte.

Die Schlüsselfunktionen arbeiten eng zusammen und üben ihre Tätigkeit auf der Basis jeweils einer vom Vorstand des LVM a.G. genehmigten Geschäftsordnung aus. Die jeweiligen Geschäftsordnungen legen neben der organisatorischen Einbindung in das Unternehmen die Aufgabenstellung und Ziele, die Rechte und Pflichten sowie die Zusammenarbeit mit Dritten fest. Die Inhalte der jeweiligen Geschäftsordnungen werden aufeinander abgestimmt.

Für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben steht den Schlüsselfunktionen ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht zu. Seitens der Geschäftsleitung wird sichergestellt, dass die quantitative und qualitative Personal- und Sachausstattung der Schlüsselfunktionen jederzeit so beschaffen ist, dass diese der Art und dem Umfang der Aufgaben gerecht wird.

Das Governance-System der LVM Versicherung unterliegt einer regelmäßigen – mindestens einmal jährlich erfolgenden – internen Überprüfung. Ziel der Überprüfung ist es, die Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems zu beurteilen.

Angaben zu Vergütungsleitlinien, Vergütungsansprüchen und Vergütungspraktiken

Die Personalangelegenheiten der LVM-Gruppe werden von dem LVM a.G. wahrgenommen. Die entstehenden Personalkosten werden verursachungsgerecht auf die Unternehmen der LVM-Gruppe verteilt.

Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den Strategien der Unternehmen der LVM-Gruppe. Die Vergütungssysteme für Vorstand und Mitarbeitende beinhalten keine negativen Anreize, die zum Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken oder zur Entstehung von Interessenkonflikten führen. Sie berücksichtigen die wesentlichen Risiken und deren Zeithorizont sowie den Erfolg des Einzelnen bzw. der einzelnen Organisationseinheit und den Gesamterfolg des Unternehmens angemessen.

Nachhaltigkeitsrisiken bilden einen Teil der berücksichtigten Risiken. Sie sind Bestandteil bestehender Risikokategorien bzw. wirken auf diese ein und werden nicht als eigenständige Risikokategorie betrachtet. Nachhaltigkeitsrisiken werden somit mittelbar im Rahmen des Risikomanagementsystems und der Geschäftspolitik der LVM-Gruppe berücksichtigt. Die Berücksichtigung von Risiken in der Vergütungspolitik für Vorstände erfolgt

unter anderem durch Berücksichtigung der Solvenzquote der LVM-Gruppe. Eine unzureichende Kapitalausstattung oder schwerwiegende Pflichtverletzungen einzelner Vorstandsmitglieder können zur Reduktion oder zum Verfall variabler Vergütungsbestandteile führen.

Die Vergütungssysteme werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit geprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Überprüfung erfolgt jeweils durch den Vorstand bzw. den Aufsichtsrat mit Unterstützung der Abteilung Personal. Aufgrund der Größe der LVM-Gruppe und der internen Organisation wurde auf die Einrichtung unabhängiger Vergütungsausschüsse verzichtet.

Die Vergütung besteht regelmäßig aus festen und variablen Vergütungsbestandteilen. In Abhängigkeit der Funktion variiert das Verhältnis der vorgenannten Vergütungsbestandteile. Dieses Verhältnis ist stets ausgewogen, sodass der feste bzw. garantierte Vergütungsbestandteil einen ausreichend hohen Anteil ausmacht und die Abhängigkeit vom variablen Vergütungsbestandteil vermieden wird.

Mitglieder des Vorstands erhalten einen Anteil von 60% der variablen Vergütung erst mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Jahren ausgezahlt. Bei Inhabern der Schlüsselfunktionen wird aufgrund der geringeren Höhe des variablen Vergütungsbestandteils auf eine Auszahlung mit zeitlicher Verzögerung verzichtet. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine variable Vergütung. Damit werden mögliche Fehlanreize und Interessenkonflikte vermieden.

Für die Bemessung der variablen Vergütung werden ergebnis- und performanceorientierte Ziele vereinbart. Diese berücksichtigen sowohl quantitative als auch qualitative Vorgaben. Bei den kollektiven Unternehmenszielen stehen Ertrags-, Wachstums- und Kostengrößen im Fokus. Diese werden regelmäßig um geschäftsbereichsbezogene Ziele ergänzt (z. B. Projektergebnisse, Prozessoptimierungen). Individuelle Erfolgskriterien bei Zielvereinbarungen stellen beispielsweise auf Aspekte der Kundenorientierung, der Nachhaltigkeit und der Nutzung von KI ab.

Den Mitgliedern des Vorstands, den Inhabern der Schlüsselfunktionen sowie allen Mitarbeitenden wurden betriebliche Altersversorgungszusagen erteilt. Die Art der Versorgungszusage ist abhängig vom Zeitpunkt des Unternehmenseintritts bzw. vom Zeitpunkt der erstmaligen Bestellung zum Mitglied der Geschäftsleitung. Zuletzt erfolgten beitragsorientierte Leistungszusagen. Zuvor dominierten endgehalts- und dienstzeitabhängige Leistungszusagen. Die Zusagen bei Mitgliedern der Geschäftsleitung sind mit Übergangsgeldregelungen für den Fall fehlender Wiederbestellung ausgestattet. Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden keine Altersversorgungszusagen erteilt.

Wesentliche Transaktionen im Berichtsjahr

Wesentliche Transaktionen mit Personen des Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsrats, die einen signifikanten Einfluss auf die wirtschaftliche Lage des Unternehmens haben, liegen nicht vor.

Auf der Grundlage eines jährlichen Überprüfungsprozesses wird analysiert, ob mit dem LVM nahestehenden Personen (Vorstand, Aufsichtsrat, deren Angehörige, Geschäftsführer von Tochterunternehmen, Inhaber von Schlüsselfunktionen) wesentliche Geschäfte zu marktunüblichen Konditionen getätigt wurden. Die Überprüfung hat ergeben, dass im Berichtsjahr keine wesentlichen Geschäfte zu marktunüblichen Konditionen geschlossen worden sind.

B.2 Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

Auf der Grundlage von §23 Abs. 3 VAG i. V. m. §24 VAG und unter Berücksichtigung der nachstehend genannten Verlautbarungen der BaFin haben die Vorstände und die Aufsichtsräte der LVM-Unternehmensgruppe diese Leitlinie verabschiedet (MaGo – Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen – Rundschreiben 9/2025 (VA) – der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 14.7.2025; BaFin-Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen gemäß VAG (22.10.2025) und Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Geschäftsleitern gemäß VAG (22.10.2025)).

Mit der Leitlinie „Fit & Proper“ für Vorstände und Aufsichtsräte kommt die LVM Versicherung ihrer Verpflichtung nach, Rahmenbedingungen und Prozesse zu beschreiben, die sicherstellen, dass die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder im Unternehmen erfüllt werden.

Auf der Grundlage von §23 Abs. 3 VAG i. V. m. §24 VAG und unter Berücksichtigung des Merkblatts der BaFin zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Personen, die für Schlüsselfunktionen verantwortlich oder für Schlüsselfunktionen tätig sind (vom 8.5.2025) haben die Gesamtvorstände der LVM-Gruppe die Leitlinie „Fit & Proper“ verabschiedet und weiterentwickelt. Mit dieser Leitlinie werden Rahmenbedingungen und Prozesse festgeschrieben, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Bezug auf fachliche Qualifikation („Gewährleistung eines soliden und vorsichtigen Managements“) und persönliche Zuverlässigkeit („zuverlässig und integer“) für die Schlüsselfunktionen interne Revision, Compliance, Risikocontrolling und versicherungsmathematische Funktion im Unternehmen erfüllen.

Anforderungen an die fachliche Qualifikation

Die spezifischen Anforderungen an die Fähigkeiten, Kenntnisse und Fachkunde nach §24 ff. VAG variieren inhaltlich für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sowie die Inhaber und Mitarbeitenden der Schlüsselfunktionen und sind für die jeweiligen verantwortlichen Inhaber und die in den jeweiligen Abteilungen tätigen Mitarbeitenden im Rahmen der Leitlinie Fit & Proper im Detail dargestellt.

Die erforderlichen fachlichen Qualifikationen für die Mitglieder des Vorstands und Aufsichtsrats sind mindestens:

Vorstand

Der Vorstand muss in seiner Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Dabei ist zu beachten, dass jedes einzelne Mitglied der Geschäftsleitung über ausreichende Kenntnisse aller Geschäftsbereiche verfügen muss, um eine entsprechende Kontrolle zu gewährleisten. Bei einer ressortbezogenen Spezialisierung wie bei der LVM-Gruppe sind für die konkrete Ressortzuständigkeit des einzelnen Vorstandsmitglieds vertiefte Kenntnisse erforderlich.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat muss in seiner Gesamtheit über angemessene Qualifikationen, Erfahrungen und Kenntnisse in zumindest folgenden Bereichen verfügen:

- Versicherungs- und Finanzmärkte
- Geschäftsstrategie und Geschäftsmodell
- Governance-System
- Finanzanalyse und versicherungsmathematische Analyse
- Regulatorischer Rahmen und regulatorische Anforderungen

Die erforderlichen fachlichen Qualifikationen für die in den Schlüsselfunktionen tätigen Mitarbeitenden sind mindestens:

Risikocontrolling:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft oder Mathematik) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles fachspezifisches Wissen, insbesondere über die Anforderungen an ein aufsichtsrechtliches Risikomanagementsystem für Versicherungsunternehmen

Compliance:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft oder Rechtswissenschaft) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)

- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles funktionspezifisches Wissen im Bereich Compliance

Interne Revision:

- abgeschlossenes Hochschulstudium (vorzugsweise Betriebswirtschaft, Mathematik oder Rechtswissenschaft) oder
- eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung (oder vergleichbare Ausbildung)
- idealerweise Berufserfahrung in einer Revisionsabteilung der Versicherungs- oder Finanzdienstleistungsbranche
- Kenntnisse über Risikostruktur und die wesentlichen Prozesse des Unternehmens
- aktuelles revisionspezifisches Wissen

Versicherungsmathematische Funktion:

- angemessene Kenntnisse der Versicherungs- und der Finanzmathematik (Studium Mathematik, ggf. Aktuar)
- einschlägige Erfahrungen zu den maßgeblichen fachlichen und sonstigen Standards
- Wissen über Art, Umfang und Komplexität der Risiken des Versicherungsunternehmens

Die jeweiligen Inhaber der Schlüsselfunktionen sollten neben einer mindestens 3-jährigen Berufserfahrung im relevanten Bereich, zusätzlich über eine 3-jährige Führungserfahrung verfügen.

Soweit Ausgliederungsbeauftragte Inhaber von Schlüsselfunktionen sind, so müssen sie gleichsam über die o. g. fachlichen Qualifikationen verfügen, die es ihnen damit ermöglicht, die Wahrnehmung der ausgegliederten Funktion zu überwachen und zu bewerten.

Eine (Vor-) Tätigkeit in anderen Branchen, in der öffentlichen Verwaltung oder aufgrund von politischen Mandaten kann die fachliche Eignung begründen, wenn sie über einen längeren Zeitraum maßgeblich auf wirtschaftliche oder rechtliche Fragestellungen ausgerichtet und nicht völlig nachgeordneter Natur war oder ist.

Auswahl

Zur Stellenbesetzung wendet die LVM-Gruppe mehrstufige Auswahlverfahren an, in denen neben den fachlichen Qualifikationen auch weitergehende persönliche Kompetenzen oder bei Leitungsfunktionen auch Führungskompetenzen geprüft werden. Der Auswahlprozess erfolgt bei der LVM-Gruppe dabei im Rahmen der definierten Auswahlrichtlinien. Es können verschiedene Auswahlinstrumente genutzt werden, die je nach Stelle und Anforderungen differieren. Die konkrete Vorgehensweise orientiert sich an den jeweiligen Anforderungen der zu besetzenden Stelle. Bei der LVM werden folgende Auswahlinstrumente angewandt:

- Teilstrukturiertes Interview mit situativen Fallbeispielen anhand des LVM-Kompetenzmodells
- Fach- und/oder Selbstpräsentation

- Rollenspiel
- Fallstudie zu Fach- und/oder Führungsthemen

Die persönlichen und zuvor beschriebenen fachlichen Anforderungen an die Stelle ergeben sich aus den jeweiligen Aufgabengebieten und werden vor der Ausschreibung gemeinsam mit der Fachabteilung und Abteilung Personal final abgestimmt.

Die finale Besetzungsentscheidung bei den Schlüsselfunktionen erfolgt immer mit Beteiligung des Vorstands.

Sicherstellung der Qualifikation im Zeitablauf

Die Beurteilung der fachlichen Eignung ist nicht auf den Zeitpunkt der Auswahl bzw. der Bestellung bzw. Aufgabenzuweisung der betroffenen Personen beschränkt. Insbesondere legt die LVM-Gruppe Wert darauf, dass eine stetige Weiterbildung erfolgt, sodass die Personen imstande sind, die sich wandelnden bzw. steigenden Anforderungen in Bezug auf ihre Aufgaben im Unternehmen zu erfüllen.

Zur Überprüfung erhält die Unternehmensleitung einen jährlichen Bericht über die durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen.

Persönliche Zuverlässigkeit

In der Leitlinie sind im Weiteren die Anforderungen an die persönliche Zuverlässigkeit („proper“) von Inhabern und Mitarbeitenden von Schlüsselfunktionen im Detail beschrieben. Die Beurteilung der persönlichen Zuverlässigkeit erfolgt durch eine detaillierte Prüfung des Lebenslaufs inklusive aller Zeugnisse und Weiterbildungsnachweise. Darüber hinaus ist im Einstellungsprozess eine Versicherung abzugeben, dass alle persönlichen Angaben wahrheitsgemäß sind und alle Dokumente im Original vorliegen. Auf Anfrage sind diese zusätzlich im Original vorzuzeigen. Auf diesem Wege erfolgt gleichzeitig eine Prüfung auf mögliche Interessenkonflikte im Hinblick auf die auszuübende Funktion. Weiterhin sind behördliche Nachweise (mindestens polizeiliches Führungszeugnis entsprechend den Regelungen der §§30 ff. Bundeszentralregistergesetz [BZRG]) im Rahmen der Bewertung vorzulegen. Der Nachweis wird bei Inhabern von Schlüsselfunktionen mittels der Vorlage eines Führungszeugnisses entsprechend den Regelungen der §§30 ff. Bundeszentralregistergesetz (BZRG) (Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde, §30 Abs. 5 BZRG) geführt. Das Behördenführungszeugnis wird vom Bundesamt für Justiz (BfJ) unmittelbar an die BaFin übersandt.

Im Zeitablauf gelten dann weitergehende Regelungen zur selbstverpflichtenden und aktiven Information (an den Leiter der Abteilung Personal) bei einschlägigen Änderungen in relevanten Rechtsgebieten.

B.3 Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

Ziele des Risikomanagements

Das Risikomanagement des LVM a.G. verfolgt den systematischen Ansatz, einen risikobasierten möglichen Handlungsbedarf frühzeitig zu erkennen. Die Früherkennung dieses

Handlungsbedarfs ermöglicht es, die Risikohandhabung und Chancennutzung optimal zu planen sowie effektiv und effizient zu realisieren. Dementsprechend ist ein effektives Risikomanagement von zentraler Bedeutung.

Risikoorganisation

Beim LVM a.G. wird ein systematischer Risikomanagementprozess zur Identifizierung, Überwachung und Steuerung bestandsgefährdender und wesentlicher Risiken eingesetzt. Hierbei nimmt die Abteilung RüC als eine der 4 obligatorisch einzurichtenden Schlüsselfunktionen die uRCF wahr. Die Aufgaben und Befugnisse der uRCF ergeben sich im Wesentlichen aus den Anforderungen des VAG, der DVO sowie der MaGo.

Zur Sicherstellung des systematischen Risikomanagementprozesses sowohl auf Einzel- als auch auf aggregierter Ebene wurde beim LVM a.G. zudem ein mehrstufiges System von Risikokomitees eingerichtet. Diese Komitees existieren auf Konzern-, Ressort- und Abteilungsebene.

Risikobewertung – aggregierte Sicht

Die unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung sowie die Solvenzberechnungen basieren beim LVM a.G. auf der Standardformel. Somit werden innerhalb dieser Berechnungen im Rahmen des ORSA-Prozesses auf aggregierter Ebene die Solvency II-Risikokategorien

- Marktrisiko (inkl. Spreadrisiko),
- Ausfallrisiko,
- versicherungstechnisches Risiko und
- operationelles Risiko

unmittelbar berücksichtigt.

Das Konzentrationsrisiko ist sowohl innerhalb des Marktrisikos als auch innerhalb der versicherungstechnischen Risiken abgebildet. In der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs sind die Risikokategorien Liquiditätsrisiko, Reputationsrisiko und das strategische Risiko nicht berücksichtigt, sie werden jedoch qualitativ beschrieben. Der Fokus liegt hierbei auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Risikobewertung – Einzelrisikoebene: Risikoinventur

Die Durchführung einer Jahres-Risikoinventur sowie von Quartals-Risikoinventuren in Zusammenarbeit der uRCF und allen Abteilungen bilden einen zentralen Bestandteil des Risikomanagementprozesses. Dabei werden die Risiken auf Ebene der Einzelrisiken durch die Risikoverantwortlichen identifiziert, bewertet und mit Maßnahmen versehen, welche die Eintrittshäufigkeit und Auswirkungshöhe reduzieren.

Die Ergebnisse der Risikoinventur werden in den Ressort-Risikokomitees und aggregiert in den Konzern-Risikokomitees vorgestellt, diskutiert und validiert.

Zudem führt die uRCF eine quartalsweise Risikoinventur durch und fragt ab, ob sich eine wesentliche Veränderung der Risikolage der jeweiligen Abteilungen ergeben hat.

Für die jeweiligen Risikopositionen wird eine aktive Risikosteuerung auf operativer Ebene durchgeführt. Soweit möglich und sinnvoll werden die Maßnahmen zur Risikosteuerung dabei bereits im Vorfeld entwickelt und dokumentiert.

Limit- und Schwellenwertsystem

Ein weiteres zentrales Element des Risikomanagementsystems ist die Definition von Risikoindikatoren und die Festlegung von Schwellenwerten im Rahmen eines operativen Limitsystems (Frühwarnsystem). Die Risikosteuerung und –überwachung wird auf Ebene der Risikokategorien – wo sinnvoll und möglich – durch die Verabschiedung von Schwellenwerten durch den Vorstand operationalisiert. Die Implementierung dieser Schwellenwerte erfolgt konservativ und wird konsistent mit der Risikostrategie vorgenommen. Zur Visualisierung dieser Schwellenwerte werden Ampelsysteme eingesetzt. Überschreitet ein Risikoindikator einen Schwellenwert, kann sich isoliert oder in Verbindung mit weiteren Risiken ein wesentliches oder bestandsgefährdendes Risiko verwirklichen. Spätestens das Überschreiten eines Schwellenwerts setzt einen Eskalationsprozess in Gang, mit dem geeignete Maßnahmen zur Risikoreduzierung eingeleitet werden. Durch dieses System ist es möglich, schnell und der Situation angemessen zu reagieren und somit die Risiken für die Gruppe weiter zu minimieren. Grundsätzlich gelten die Eskalationsprozesse synonym für alle Risikokategorien des Unternehmens. Hierbei wird zwischen dem Überschreiten einer gelben, orangenen und roten Schwelle unterschieden.

Die Auslastung der verschiedenen operativen Risikolimits wird – genau wie die Ergebnisse der quartalsweisen Risikoinventur – im Rahmen des durch die uRCF erstellten Risiko-Quartalsberichts dargelegt. Neben den Risikolimits werden wesentliche Veränderungen der Risikolage beschrieben. Der Risiko-Quartalsbericht wird allen risikoverantwortlichen Abteilungsleitungen sowie dem Vorstand zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird der Vorstand regelmäßig über die Auslastung der operativen Risikolimits mit Hilfe einer Status-E-Mail informiert.

Die uRCF entwickelt in Abstimmung mit dem Vorstand das Risikomanagementsystem stetig weiter und nutzt dabei interne und externe Impulse zur Anpassung der bestehenden Prozesse. Wesentliche Erweiterungen der Risikomanagementprozesse werden im Konzern-Risikokomitee vorgestellt und nach einem entsprechenden Vorstandsbeschluss umgesetzt.

Neben der Berichterstattung über die Risikolage des Unternehmens berät die uRCF andere Abteilungen des Unternehmens in Risikothemen und erstellt für wesentliche Unternehmensentscheidungen, wie z. B. die Einführung neuer Produkte, unabhängige Stellungnahmen aus Risikosicht, die der Vorstand im Rahmen seiner Entscheidungsfindung berücksichtigt.

Die Funktionsfähigkeit und die aufsichtsrechtlich definierten Vorgaben sämtlicher Bestandteile des Risikomanagementsystems sowie der Geschäftsprozesse werden durch die Einrichtung eines umfangreichen IKS gewährleistet, das jede Abteilung bzw. jeder Bereich des LVM a.G. eingerichtet und dokumentiert hat.

Die Gesamtheit der Risikomanagementprozesse zur systematischen Identifizierung, Überwachung und Steuerung bestandsgefährdender und wesentlicher Risiken hat das Ziel, den Fortbestand und die Ertragskraft des LVM a.G. auch in der Zukunft sicherzustellen.

ORSA

Der ORSA-Prozess wird beim LVM a.G. einmal jährlich parallel zur Geschäftsplanung durchgeführt. Er setzt sich aus der Risikoinventur, der Quantifizierung des OCR im Rahmen von Mehrjahresprojektionen sowie der Quantifizierung des OCR über den Einjahreshorizont zusammen. Dabei werden in der Risikoinventur die Risiken auf Ebene der Einzelrisiken durch die Risikoverantwortlichen identifiziert und mit Maßnahmen zur Minderung der Eintrittshäufigkeit und Maßnahmen zur Minderung der Auswirkungshöhe versehen. Die innerhalb der Risikoinventur betrachteten Risiken werden über die Risikokategorien aggregiert und mit den in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs berücksichtigten Risiken abgeglichen.

Die Risikoinventur findet parallel zur ersten Planungsrunde in der Mitte des Jahres statt, sodass ein Abgleich der berücksichtigten Risiken vor der Durchführung der Projektionen stattfinden kann. Die Quantifizierung der Risiken im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung über den Geschäftsplanungszeitraum im Rahmen von Mehrjahresprojektionen werden im Anschluss an und basierend auf der ersten Planungsrunde der strategischen Planung durchgeführt. Im Anschluss an die erste Planungsrunde wird die Vorgehensweise des ORSA-Prozesses vom Vorstand diskutiert und verabschiedet. Die Projektions- und Stichtagsberechnungen beginnen im vierten Quartal und basieren auf den gemäß der strategischen Planung projizierten Bilanzen für die betrachteten Folgejahre. Die Ergebnisse der Projektionen werden dem Vorstand im Rahmen einer Vorstandsklausurtagung vorgestellt und vom Vorstand plausibilisiert und hinterfragt. Somit kann er die strategische Planung aus Risikosicht beurteilen. Sollten sich im Rahmen der zweiten Planungsrunde zwischen den beiden Vorstandsklausuren Änderungen in der Planung ergeben, die wesentlichen Einfluss auf die Solvabilitätsbeurteilung haben, werden diese gegebenenfalls auch in einem Ad-hoc-ORSA angemessen berücksichtigt. Im Anschluss werden die Ergebnisse in einem ORSA-Bericht dokumentiert, der im ersten Quartal der deutschen Aufsichtsbehörde BaFin zugesendet wird.

Insgesamt wird der ORSA-Prozess vom LVM a.G. als rollierender Prozess definiert. Zunächst werden strategische Vorgaben gemacht und im weiteren Verlauf des Prozesses wird analysiert, ob diese erreicht wurden und ob gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen sind, die Anpassungen am ORSA-Prozess notwendig machen. In der Regel ist eine Kombination aus unterschiedlichen kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen erforderlich, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Unter die Steuerungsmaßnahmen fallen sowohl die Zielkorridore, welche in der Risikostrategie festgelegt werden, als auch das Kapitalmanagement, welches zur Steuerung der Solvabilität zum Einsatz kommt. Als weitere zentrale Steuerungsmöglichkeit wird das Rückversicherungsprogramm gesehen. Sämtliche gezogene Erkenntnisse bilden die Grundlage für den ORSA-Prozess des folgenden Jahres und fließen als Steuerungsimpulse in die nächsten strategischen Vorgaben mit ein.

Sollten externe oder interne Ereignisse eintreten, die eine wesentliche Verschlechterung des Risikoprofils bewirken können, wird ein außerordentlicher ORSA-Prozess (Ad-hoc-ORSA-Prozess) durchgeführt. Auslöser eines Ad-hoc-ORSA-Prozesses sind wesentliche Änderungen des Risikoprofils infolge interner Entscheidungen und/oder externer Faktoren. Diese lösen einen Eskalationsprozess aus, in dem die Situationen begutachtet und eine Entscheidung über die Durchführung eines Ad-hoc-ORSA-Prozesses durch den Vorstand herbeigeführt wird. Mindestens die folgenden Ereignisse gelten als Auslöser:

- Einstieg in neue Geschäftsbereiche
- Wesentliche Änderungen der Risikotoleranzschwellen oder Rückversicherungsvereinbarungen
- Wesentliche Änderungen der Risiko- und Bewertungsmodelle
- Bestandsübertragungen bei den Versicherungsgesellschaften
- Wesentliche Abweichungen von der verabschiedeten SAA, zum Beispiel durch Kapitalmarktverwerfungen

B.4 Internes Kontrollsystem

Internes Kontrollsystem

Für die operative Ausgestaltung des IKS beim LVM a.G. sind die operativen Abteilungen bzw. Bereiche verantwortlich. Dies bedeutet insbesondere, dass die konkrete Risikosteuerung sowie die Implementierung des IKS abteilungsindividuell ausgestaltet werden kann, sofern die jeweils für eine Abteilung bzw. Aufgabenbereich geltenden externen sowie internen Mindestvorgaben beachtet werden. Vor diesem Hintergrund hat die Geschäftsleitung des LVM a.G. die Leitlinie „Interne Kontrollen“ erlassen, die grundsätzliche Dokumentations- und Mindestinhalte im Rahmen der IKS-Dokumentation vorgibt.

Die Verantwortung für die Umsetzung trägt der jeweilige Vorstand. Dabei werden die Abteilungsleitungen bzw. die Unternehmensbeauftragten (bspw. Rechtsbereichs-Beauftragte oder intern verantwortliche Personen für Schlüsselfunktionen) über die Dokumentationsverpflichtung der internen Kontrollsysteme informiert. Je nach Risikosituation bestimmt die Abteilungsleitung in eigener Verantwortung den Detaillierungsgrad der Dokumentation und gibt ihrem Ressortvorstand hierzu die notwendigen Begründungen.

Die Leitlinie „Interne Kontrollen“ basiert auf dem internen Kontrollrahmen des LVM a.G. Zentrales Element und Fundament des internen Kontrollsystems des LVM a.G. bildet das interne Kontrollumfeld, welches den Rahmen darstellt, innerhalb dessen die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen eingeführt und angewendet werden. Dieses ergibt sich aus dem Leitbild des LVM a.G. (Sicherheit, Vertrauen und Verantwortung), welches aus der LVM-Kultur und der Geschäftsstrategie abgeleitet wird.

Weiteres wesentliches Element des internen Kontrollrahmens ist die interne Kontrolltätigkeit. Für Geschäftsprozesse, bei denen mögliche Risiken aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeitenden- und systembedingten oder externen Vorfällen entstehen können, haben die Abteilungen bzw. Bereiche entsprechende interne Kontrollen zu entwickeln, einzurichten und angemessen zu dokumentieren. Je höher die Auswirkungen des zugrunde liegenden Risikos auf die Geschäftsprozesse sein können, desto zeitnaher und umfassender haben die entgegenwirkenden Kontrollen und Maßnahmen ausgestaltet zu sein.

Zur erfolgreichen Umsetzung des internen Kontrollsystems sind Information und Kommunikation als drittes wesentliches Element des internen Kontrollrahmens von besonderer Bedeutung. Die für die Mitarbeitenden relevanten Informationen des internen Kontrollsystems werden angemessen, zeitgerecht, aktuell und korrekt in zugänglicher Form

bereitgestellt, damit diese sich ihrer Kontrollaufgabe sowie möglichen Verantwortlichkeit innerhalb des IKS bewusst sind. Fehlerhafte Kontrollen und Kontrolllücken sind umgehend auszubessern. In Fällen, in denen eine zeitnahe Ausbesserung nicht möglich ist, sind zumindest Maßnahmen zu entwickeln, welche eine zukünftige Beseitigung der Kontrollschwächen bewirken.

Über eine jährliche Aktualitätsabfrage bzgl. der internen Kontrollsysteme ist sichergestellt, dass eventuell Ergänzungen oder Änderungen von Risiken, Prozessen, Kontrollen und Abläufen in die bestehenden Dokumentationen integriert werden.

Compliance-Funktion

Grundsätzlich haben alle Geschäftsführungsmitglieder des LVM a.G. für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation zu sorgen, welche die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze und Verordnungen sowie der aufsichtsbehördlichen (und ggf. internen) Anforderungen gewährleistet. Hierfür sind alle Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich verantwortlich.

Als intern verantwortliche Person der Compliance-Funktion ist der Abteilungsleiter der Abteilung Risikoüberwachung/Compliance bestellt. Dieser ist ebenfalls intern verantwortliche Person für die unabhängige Risikocontrollingfunktion (uRCF).

Diese Bündelung der Verantwortlichkeiten zieht sowohl organisatorische als auch inhaltliche Vorteile nach sich. So erfolgt die risikoorientierte Ausrichtung und Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems und des Compliancemanagementsystems einheitlich und unter Berücksichtigung der gegenseitigen Wechselbeziehungen. Durch diese einheitliche Sicht auf die Risiken sowohl aus Compliance- als auch Risikocontrolling-Gesichtspunkten können darüber hinaus Synergieeffekte genutzt werden. Neben kurzen Berichtswegen gibt es eine zentrale Ansprechperson für alle risikorelevanten und compliance-relevanten Fragestellungen. Dies erleichtert u. a. die Analyse der abteilungsindividuellen IKS sowie der eingetretenen operationellen Risikoereignisse. In Anbetracht des aktuellen Risikoprofils des LVM a.G. wird diese Bündelung als angemessen und zielführend für den LVM a.G. beurteilt.

Alle Mitarbeitenden der Compliance-Funktion erfüllen die aktuell gültigen Fit & Proper-Anforderungen und bilden sich regelmäßig weiter.

In der Leitlinie der Compliance-Funktion hat der Vorstand des LVM a.G. die Festlegung klarer Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, die Integration in die bestehende Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Abgrenzung entsprechender Rechte, Befugnisse und Aufgaben für die Compliance-Funktion geregelt und geltend gemacht. Die Leitlinie wird in regelmäßigen Abständen, zumindest aber einmal jährlich, auf Konformität mit den festgelegten Definitionen, Aufgaben, Prozessen, Befugnissen und Verantwortlichkeiten geprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Zusätzlich wurde eine Leitlinie zum Compliance-Management-System erstellt, welche die verschiedenen Prozesse des Compliance-Management-Systems erläutert und dokumentiert.

Den Mitarbeitenden der Compliance-Funktion steht gegenüber den Abteilungen des LVM a.G. ein vollständiges und uneingeschränktes aktives und passives

Informationsrecht zu. Sie sind berechtigt, uneingeschränkten Zugang zu allen für die Erfüllung der Aufgaben notwendigen Informationen zu erhalten.

Aktivitäten der Compliance-Funktion

Die Aktivitäten der Compliance-Funktion sind in einem Compliance-Aktivitätenplan festzulegen. Die verschiedenen Aktivitäten werden für den LVM a.G. in sogenannte Aktivitätenarten gegliedert. Diese sind u. a.:

- Schulungsmaßnahmen
- Rechtsänderungsmonitoring
- Hinweisgebersystem
- Compliance-Vorfall-Datenbank
- Compliance-Inventur/-Risikoanalyse
- Compliance-Berichterstattung
- Überwachungsmaßnahmen und IKS-Beratungen
- Fallweise/Vorfallbezogene und Ad-hoc-Compliance-Prüfungen
- Leitlinien-Management
- Weiterentwicklung des Compliance-Management-Systems
- Beratende Begleitung und/oder Leitung verschiedener compliance-relevanter (Umsetzungs-)Projekte
- Sonstige Compliance-Aktivitäten

Um die Auswahl identifizierter Compliance-Risiken resultierend aus den externen und internen Anforderungen des vielfältigen und umfangreichen Rechtsumfelds des LVM a.G. effektiv und risikoorientiert handhaben zu können, ist eine entsprechende Bewertung und Analyse der jeweiligen Rechtsbereiche auf ihre Wesentlichkeit für den LVM a.G. vorzunehmen. Das Wesentlichkeitskonzept des LVM a.G. enthält einen systematischen Bewertungsansatz für Compliance-Risiken, der es der Compliance-Funktion ermöglicht eine Priorisierung vornehmen zu können, welche wiederum ein Kriterium bei der Festlegung von Überwachungstätigkeiten (Compliance-Prüfungen, Ad-hoc-Compliance-Prüfungen) darstellen kann.

Die Compliance-Funktion hält einen direkten Berichtsweg zur Geschäftsleitung, um entsprechende Feststellungen und/oder Auffälligkeiten bezüglich compliance-relevanter Themen direkt an die verantwortliche Geschäftsleitung melden zu können. Zudem begleitet die Compliance-Funktion die Abteilungen sowie die Geschäftsleitung beratend und unterstützend in compliance-relevanten Themen.

B.5 Funktion der internen Revision

Die Funktion der internen Revision wird durch die Abteilung Konzernrevision wahrgenommen. Die Konzernrevision ist als unabhängige Stabsabteilung direkt dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt. Sie dient gleichzeitig der gesamten Geschäftsleitung als Instrument zur Erfüllung ihrer unternehmerischen und gesetzlichen Aufgaben und Verantwortungen.

Die Aufgaben und Ziele sowie die Rechte und Pflichten der Konzernrevision sind in einer vom Vorstand genehmigten und vom Vorstandsvorsitzenden unterzeichneten Geschäftsordnung verankert.

Die Konzernrevision untersucht im Sinne eines risikoorientierten Prüfungsansatzes die Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit von Systemen, Strukturen, Prozessen und Investitionen unter Berücksichtigung der Unternehmensziele sowie der Geschäfts- und Risikostrategie. Dies bezieht sich auf die gesamte Geschäftsorganisation und insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS.

Die Prüfungstätigkeiten der Konzernrevision erstrecken sich auf alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, auch auf solche, die auf andere Unternehmen ausgelagert sind.

Dabei erbringt die Konzernrevision unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Geschäftsleitung bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese zu verbessern hilft.

Die Tätigkeiten der Konzernrevision basieren auf einer risikoorientierten Mehrjahresplanung, die in einer entsprechenden Jahresplanung dokumentiert und vom Vorstandsvorsitzenden schriftlich genehmigt wird.

Die Prüfungsplanung, -methoden und -qualität werden kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt.

Die Konzernrevision besteht mit der Abteilungsleitung und der Assistenz aus 13 Mitarbeitenden mit unterschiedlichen Ausbildungs- und Tätigkeitsschwerpunkten. Die in der Konzernrevision eingesetzten Personen verfügen über einen Studienabschluss in Betriebswirtschaftslehre, Jura, Mathematik oder Informatik.

Sowohl der Leiter als auch die Mitarbeitenden der Konzernrevision nehmen keine darüber hinausgehenden Tätigkeiten im Unternehmen wahr. Potenzielle Interessenkonflikte können daher ausgeschlossen werden.

Bei der Prüfungsdurchführung, der Wertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung ist die Konzernrevision unabhängig, objektiv und keinen Weisungen unterworfen.

Zur Durchführung ihrer Arbeit steht der Konzernrevision ein uneingeschränktes Informations- und Prüfungsrecht zu. Insoweit sind der Konzernrevision unverzüglich alle erforderlichen Informationen zu erteilen, alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und Einblick in alle Aktivitäten und Prozesse sowie lesender Zugriff auf die DV-Systeme des Unternehmens zu gewähren.

Auf Verlangen der Konzernrevision sind ihr Zugang zu allen Räumlichkeiten und die Möglichkeit der Inaugenscheinnahme von Gegenständen und Prozessen zu gewähren.

B.6 Versicherungsmathematische Funktion

Für den LVM a.G. wurde eine versicherungsmathematische Funktion eingerichtet, die mit den in §31 VAG genannten Aufgaben betraut ist. Zu den Kernaufgaben der versicherungsmathematischen Funktion gehören Koordinierungs-, Überwachungs- und Beratungsaufgaben. Diese erstrecken sich auf die Themenfelder Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen, Beurteilung der Zeichnungs- und Annahmepolitik, Beurteilung der Rückversicherungsvereinbarungen sowie die Mitwirkung beim Risikomanagement. Die von der versicherungsmathematischen Funktion vorgenommenen Analysen, Bewertungen und Empfehlungen erfolgen ausschließlich auf Grundlage der Prinzipien von Solvency II.

Die versicherungsmathematische Funktion wird für den LVM a.G. durch eine verantwortliche Person wahrgenommen, die bei der Erfüllung ihrer Aufgaben durch ein Gremium unterstützt wird. Mitglieder des Gremiums sind die verantwortliche Person, ihre Stellvertretung sowie die verantwortlichen Personen für die versicherungsmathematische Funktion der Unternehmenstöchter LVM-Kranken und LVM-Leben. Die verantwortlichen Personen für die versicherungsmathematische Funktion von LVM-Leben und LVM-Kranken üben zugleich auch die Funktion des verantwortlichen Aktuars der jeweiligen Tochtergesellschaft aus. Alle wesentlichen Stellungnahmen, Bewertungen und Ergebnisse der versicherungsmathematischen Funktion werden vor der Übermittlung an Auftraggebende/Empfangende im Gremium beraten.

Die verantwortliche Person für die versicherungsmathematische Funktion, die weiteren Gremienmitglieder und Stellvertretende werden jeweils durch den Vorstand bestimmt.

Unbeschadet der gesetzlichen Befugnisse des Vorstands unterliegt die versicherungsmathematische Funktion keinen Weisungen. Die versicherungsmathematische Funktion hat kein Weisungsrecht gegenüber anderen Funktionen und Organisationseinheiten. Sämtliche Abteilungen innerhalb der Unternehmensgruppe, auf deren Zulieferung von Daten und Informationen die versicherungsmathematische Funktion zur Erfüllung ihrer Aufgaben angewiesen ist, kooperieren vollumfänglich mit der versicherungsmathematischen Funktion.

Die verantwortliche Person für die versicherungsmathematische Funktion ist intern und extern in vollem Umfang für die Erfüllung der Aufgaben der versicherungsmathematischen Funktion verantwortlich.

Die versicherungsmathematische Funktion berichtet direkt an den Vorstand.

B.7 Outsourcing

Der LVM a.G. hat folgende wichtige Tätigkeiten an Tochtergesellschaften ausgegliedert:

- FDL GmbH

Die FDL GmbH als 100-prozentige Tochter des LVM a.G. übernimmt die Vergabe und Bestandsverwaltung der Immobiliendarlehen des LVM a.G. Die FDL GmbH ist in Deutschland ansässig und unterliegt deutschem Recht.

- LVM Rechtsschutz-Service GmbH

Die LVM Rechtsschutz-Service GmbH als 100-prozentige Tochter des LVM a.G. übernimmt die Schadensregulierung von Rechtsschutzfällen des LVM a.G. Die LVM Rechtsschutz-Service GmbH ist in Deutschland ansässig und unterliegt deutschem Recht.

Der LVM a.G. hat folgende wichtige Tätigkeit an Externe ausgegliedert:

- Microsoft Ireland Operations Limited

Die Microsoft Ireland Operations Limited stellt dem LVM a.G. mit der Microsoftpalette M365 eine Komplettlösung zur Verfügung, die eine verbesserte digitale Zusammenarbeit im Unternehmen und mit den für den LVM als Versicherungsvertreter tätigen selbstständigen Handelsvertretern ermöglicht. Dabei werden verschiedene Komponenten (Office, OneDrive/SharePoint, Teams, Azure, Outlook/Exchange, Sentinel als Siem) im Innen- und Außendienst eingesetzt. Eine Besonderheit ist, dass bestimmte Funktionen (z.B. Teams) nur in der Microsoft-Cloud zur Verfügung stehen. Zudem wird in der Azure Cloud eine neue Data & Analytics Plattform aufgebaut, mit der Daten für analytische Zwecke verarbeitet werden. Hierfür werden einzelne Services aus der Azure Cloud verwendet, um Datenaufbereitungen und Auswertungen für unterschiedlichste Zwecke durchzuführen. Ziel ist es, alle Prozesse, die aktuell mit dem bestehenden OnPremise Data Warehouse abgebildet werden, abzulösen. Die Tochtergesellschaften sind durch die Konzernlizenz ebenfalls berechtigt die Microsoft-Anwendungen zu nutzen. Dies gilt durch einen sogenannten Konzern-Abonnement-Beitritt auch für den Ausschließlichkeitsvertrieb. Die Microsoft Ireland Operations Limited ist in Irland ansässig und unterliegt irischem Recht.

- SAP Deutschland SE & Co. KG

SAP wird beim LVM a.G vor allem als Buchhaltungssoftware für Bilanzdarstellung und für die Verwaltung der Personalstammdaten sowie der Gehaltsabrechnungen verwendet. Der Systembetrieb des SAP R3 Systems erfolgt in der GoogleCloud im Tenant der SAP. Die Migration in die Cloud und auf eine HANA Datenbank ist im Rahmen des SAP RISE Programms erfolgt. Der Wechsel auf die S/4-Version steht noch bevor. SAP Deutschland SE & Co. KG ist in Deutschland ansässig und unterliegt deutschem Recht.

- Seculnra GmbH

Die Seculnra GmbH erbringt für den LVM ein Security Operations Center (SOC), auch Information Security Operations Center (ISOC) genannt. Dies ist ein zentraler Ort, an dem ein Informationssicherheitsteam Cybersicherheits-Incidents überwacht, erkennt, analysiert und meldet. Dies erfolgt in der Regel 365 Tage im Jahr rund um die Uhr. Die Seculnra GmbH ist in Deutschland ansässig und unterliegt deutschem Recht. Es handelt sich nicht um eine Software, welche bei uns installiert wird bzw. in der Cloud für uns betrieben wird. Es ist eine reine Dienstleistung. Der Dienstleister greift auf die Daten unseres SIEM zu.

- iTSM Consulting GmbH

Es soll eine Anwendung eingeführt werden, welche die Dokumentation von (IKT-)Dienstleistungen unterstützt. Dabei ist eine Historisierung der Daten sowie eine einfache Anpassung von Vorlagendokumenten essenziell wichtig. Der Betrieb erfolgt im Rechenzentrum des Herstellers ServiceNow. Der Zugriff erfolgt webbasiert. Lizenzen für die eingesetzten Module IRM (IntegratedRiskManagement) und TRM (Third-partyRiskManagement) zur Dokumentation und Steuerung von Risiken werden von dem Vertragspartner iTSM Consulting GmbH bezogen. Für das Jahr 2026 ist geplant, die Lizenzen direkt bei dem Hersteller ServiceNow zu beziehen. Die iTSM Consulting GmbH ist in Deutschland ansässig und unterliegt deutschem Recht.

Die Outsourcing-Politik des LVM a.G. sieht vor, dass wichtige Funktionen oder Tätigkeiten in der Regel selbst oder durch Konzernunternehmen durchgeführt werden. Die Kosten, die für die gruppeninternen Dienstleistungen an den LVM a.G. entstehen, werden nach dem Vollkostenprinzip ermittelt und dem LVM a.G. kostenträgerbezogen aufgegeben. Die bei der Verrechnung zugrunde gelegten Schlüssel beruhen auf objektiven Größen und sind verursachungsgerecht ermittelt.

Der Vorstand des LVM a.G. hat auf Basis der aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Leitlinie (IKT-)Dienstleistungen erlassen, in welcher die Anforderungen an (IKT-)Dienstleistungen geregelt sind. In der Leitlinie werden die bei der Durchführung einer Ausgliederung initial sowie dauerhaft durchzuführenden Aufgaben beschrieben. Nach Feststellung einer Ausgliederung wird zuerst eine Person, die die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen koordinativ verantwortet (Ausgliederungsbetreuer), festgelegt. Zudem sind vor jeder Ausgliederung insbesondere die Risiken einer potenziellen Ausgliederung zu analysieren und eine Ausgliederungsfähigkeitsprüfung durchzuführen. Aufgrund der Klassifizierung einer Ausgliederung bestimmen sich teils zusätzliche Anforderungen, die gesondert in der Leitlinie herausgestellt werden.

Überdies werden unter Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen vertraglich zu vereinbarenden Mindestinhalte festgelegt. Neben der Vorstandsgenehmigung sowie die zu berücksichtigenden Vorgaben bei der Realisierung der Dienstleistungsvereinbarung (Berücksichtigung im Risikomanagementsystem, IKS und Notfallmanagement) werden die nach Realisierung der Ausgliederung einzurichtenden Überwachungs- und Dokumentationspflichten festgelegt.

B.8 Sonstige Angaben

Überprüfung des Governance-Systems

Die Überprüfung des Governance-Systems wird systematisch anhand von Prüffeldern und weiteren Fragestellungen unter Einbezug aller Schlüsselfunktionen durchgeführt. Dabei werden folgende Prüffelder beleuchtet:

- Schlüsselfunktionen
- IKS/Prozesse
- Datenqualität
- Dokumentation/Leitlinien
- Fit & Proper/Vergütung
- Risikomanagementsystem
- ORSA und Eigenmittel
- Ausgliederung
- Notfallplan/BCM
- Risikokultur
- Gruppenspezifische Governance

Die Überprüfung des Governance-Systems des LVM a.G. wurde im Jahr 2025 durch den Vorstand durchgeführt. In keinem der Prüffelder wurden wesentliche Missstände identifiziert. Alle Vorstandsmitglieder kamen zu der einstimmigen Bewertung, dass der LVM a.G. über ein angemessenes und wirksames Governance-System verfügt. Das identifizierte Weiterentwicklungspotenzial wird weiter umgesetzt.

C Risikoprofil

Das Risikoprofil gibt einen Überblick, welchen Risiken der LVM a.G. ausgesetzt ist. Zur Bewertung der Risiken wird anhand der Standardformel gemäß Solvency II die Solvenzkapitalanforderung für einzelne Risikokategorien berechnet. Zur Berücksichtigung von Diversifikationseffekten innerhalb und zwischen den Risikokategorien werden diese mittels einer aufsichtsrechtlich vorgegebenen Korrelationsmatrix aggregiert.

Nach Abzug der Anpassung für die Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern ergibt sich für den LVM a.G. eine Solvenzkapitalanforderung (SCR) in Höhe von 3.027.083 Tsd. € (Vj. 2.559.285 Tsd. €). Die Mindestkapitalanforderung (MCR) beträgt 756.771 Tsd. € (Vj. 639.821 Tsd. €).

Für die in der Standardformel bewerteten Risiken hat der LVM a.G. unternehmensindividuelle Wesentlichkeitsgrenzen definiert. Diese wurden aus den zur Bedeckung der Risiken zur Verfügung stehenden Eigenmitteln abgeleitet.

Alle Risiken, die nicht gemäß der Standardformel quantitativ bewertet werden können, werden qualitativ beurteilt.

Zur Bedeckung der Kapitalanforderungen stehen für das SCR anrechnungsfähige Eigenmittel in Höhe von 9.690.222 Tsd. € (Vj. 8.694.337 Tsd. €) zur Verfügung, sodass daraus eine SCR-Bedeckungsquote von 320% (Vj. 340%) resultiert. Die MCR-Bedeckungsquote beträgt 1080% (Vj. 1159%).

Nachfolgend werden die einzelnen Risikokategorien für den LVM a.G. näher beschrieben.

C.1 Versicherungstechnisches Risiko

Risikoexponierung

Das versicherungstechnische Risiko bezeichnet das Risiko, das bedingt durch Zufall, Irrtum oder Änderung, der tatsächliche Aufwand für Schäden und Leistungen vom erwarteten Aufwand abweicht. In der Schaden-/Unfallversicherung unterteilt der LVM a.G. das versicherungstechnische Risiko insbesondere in das Prämien- und Reserverisiko sowie das Kumul-/Katastrophenrisiko.

Das Prämien- und Reserverisiko berücksichtigt Risiken, die aus dem Geschäftsbetrieb des aktuellen Jahres bzw. der Folgejahre resultieren (Prämienrisiko) und Risiken, die sich aus dem Geschäftsbetrieb der Vorjahre ergeben (Reserverisiko). Die kalkulierten Tarife könnten sich als nicht auskömmlich herausstellen. Des Weiteren besteht die Gefahr einer Unterreservierung, d. h. die zurückgestellten Beträge für die noch nicht abgewickelten Versicherungsfälle könnten nicht ausreichen, um den zukünftigen Schadenbedarf zu decken. Dies kann das versicherungstechnische Ergebnis belasten. Um diesen Risiken bereits proaktiv zu begegnen, erfolgen eine vorsichtige Tarifierung, aktuarielle Analysen sowie eine angemessene Schadenreservierung auf Basis anerkannter Verfahren.

Darüber hinaus ist der LVM a.G. Katastrophenrisiken (insbesondere in der Sach- und der Kraftfahrzeugversicherung) ausgesetzt. Kumul-/Katastrophenrisiken beschreiben Risiken, die aus extremen Einzelschäden oder einer hohen Schadenfrequenz wie bspw. Naturkatastrophen resultieren.

Im Rahmen der Solvency II-Standardformel wird das versicherungstechnische Risiko Schaden per 31.12.2025 mit 1.413.795 Tsd. € (Vj. 1.332.164 Tsd. €) bewertet. Das Prämien- und Reserverisiko Schaden beträgt 975.291 Tsd. € (Vj. 922.779 Tsd. €) und das Katastrophenrisiko Schaden 804.619 Tsd. € (Vj. 753.247 Tsd. €). Zwischen den Risiken werden Diversifikationseffekte gemäß Standardformelsystematik berücksichtigt.

Sofern die beschriebenen versicherungstechnischen Risiken die Sparte Unfall betreffen, werden sie gemäß Solvency II-Standardformel als versicherungstechnisches Risiko Kranken ausgewiesen. Darüber hinaus fließen auch die Risiken aus den Rentenfällen der Sparte Unfall (insbesondere das Langlebighkeitsrisiko und das Kostenrisiko) in das versicherungstechnische Risiko Kranken ein.

Im Rahmen der Solvency II-Standardformel wird das versicherungstechnische Risiko Kranken per 31.12.2025 mit 161.692 Tsd. € (Vj. 164.005 Tsd. €) bewertet. Es ergibt sich maßgeblich aus dem Prämien- und Reserverisiko, das 155.076 Tsd. € (Vj. 152.542 Tsd. €) beträgt.

Darüber hinaus besteht für den LVM a.G. ein versicherungstechnisches Risiko Leben, das gemäß Solvency II-Systematik aus der Lebensversicherungskomponente des UBR-Geschäfts sowie den Rentenfällen der Sparten allgemeine Haftpflicht und Kraftfahrt-Haftpflicht resultiert. Es umfasst insbesondere die Unterkategorien Sterblichkeit, Langlebighkeit, Kosten, Storno und Katastrophen.

Im Rahmen der Solvency II-Standardformel wird das versicherungstechnische Risiko Leben per 31.12.2025 mit 11.462 Tsd. € (Vj. 17.450 Tsd. €) bewertet.

Der LVM a.G. setzt im Versicherungsgeschäft keine Zweckgesellschaften (SPV) ein, sodass auch keine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften erfolgt. Zudem liegen keine außerbilanziellen versicherungstechnischen Risiken vor.

Per 31.12.2025 werden durch den LVM a.G. das Katastrophenrisiko Schaden und das Prämien- und Reserverisiko Schaden als wesentlich bewertet. Gemäß vorliegender Unternehmensplanung über einen Projektionszeitraum von fünf Jahren bestehen die Einschätzungen hinsichtlich der Wesentlichkeit unverändert fort.

Um das versicherungstechnische Risiko angemessen zu überwachen, wurden Risikoidikatoren definiert, für die entsprechende Plan- und Schwellenwerte durch die Geschäftsleitung festgelegt wurden. Mit der unterjährigen Überwachung dieser Indikatoren ist es möglich, eine negative Zielabweichung innerhalb der Versicherungstechnik frühzeitig festzustellen und die entsprechenden Eskalationsprozesse anzustoßen. Diese Eskalationsprozesse wurden soweit möglich und sinnvoll bereits im Vorfeld definiert und sind Bestandteil einer angemessenen Risikosteuerung innerhalb des versicherungstechnischen Risikos.

Risikokonzentrationen

Risikokonzentrationen spielen für den LVM a.G. keine wesentliche Rolle. Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko eines bedeutenden Schaden- oder Ausfallpotenzials für ein Unternehmen durch Eingehung einzelner oder stark korrelierter Risiken. Grundsätzlich können Konzentrationsrisiken innerhalb der gleichen Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg auftreten. Eine Verwirklichung dieses Risikos kann beispielsweise durch ein speziell auf eine Branche oder Region ausgerichtetes Versicherungsgeschäft entstehen. Diesem Risiko wird dadurch begegnet, dass auf eine ausreichende Diversifizierung der einzelnen Risiken ein besonderes Augenmerk gerichtet wird. Im Versicherungsgeschäft begrenzen Zeichnungs- und Annahmerichtlinien das Konzentrationsrisiko. Überdies verfügt die LVM Versicherung über eine regional diversifizierte Kundenstruktur im Bereich der Privat- und Kleingewerbekunden.

Risikominderungstechniken

Um mögliche Verluste aus Kumul-/Katastrophenrisiken zu verhindern, bestehen risikogerechte Rückversicherungsverträge. Durch den Abschluss dieser Verträge, z. B. von Exzedentenverträgen mit tragfähigem Eigenbehalt, besteht die Zielsetzung, das aus dem möglichen Eintritt von hohen Einzel-, Kumul- und Frequenzschäden resultierende versicherungstechnische Risiko und damit Ergebnisschwankungen zu reduzieren. Hierbei wird grundsätzlich nur mit Rückversicherern zusammengearbeitet, die mindestens ein (A-)Rating nachweisen können. Zur Bewertung der Wirksamkeit der Rückversicherung werden regelmäßig und insbesondere bei signifikanten Änderungen der Rückversicherungsstruktur Stressszenarien analysiert. Diese Stressszenarien zeigen im Ergebnis eine hohe Wirksamkeit der Rückversicherungsstruktur auf.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Gemäß Wesentlichkeitskonzept des LVM a.G. werden zum Bewertungsstichtag die versicherungstechnischen Risiken, Katastrophenrisiko und Prämien- und Reserverisiko, als wesentlich eingeschätzt. Daher wurden Szenarioanalysen zu Klimaänderungsrisiken durchgeführt und zudem ein Zinsstress untersucht. Die Auswirkungen hinsichtlich der Versicherungstechnik und der Kapitalanlage dieser durchgeführten Stresse und Szenarien werden in Kapitel C.2 Marktrisiko dargestellt.

C.2 Marktrisiko

Risikoexponierung

Die Anlage von Geldern an den internationalen Kapitalmärkten ist sowohl mit Chancen als auch mit Risiken verbunden. Ein grundlegendes Risiko besteht darin, dass sich der Wert von Kapitalanlagen je nach Marktentwicklung verändern kann. Für eine auch auf lange Sicht erfolgreiche Kapitalanlage ist es daher unabdingbar, potenzielle Risiken möglichst frühzeitig zu erkennen und darauf angemessen zu reagieren.

Der LVM a.G. verfolgt unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen eine Anlagepolitik, die die Sicherheit, Liquidität und Rentabilität des Portfolios als Ganzes sicherstellt. Da nicht jede einzelne Anlage bzw. Anlageform die Anlageziele gleichzeitig auf einem hohen Niveau erreicht, sind die daraus resultierenden Zielkonflikte durch eine Mischung und Streuung der unterschiedlichen Anlagen bzw. Anlageformen über das gesamte Portfolio hinweg aufzulösen. Dabei kommt dem Grundsatz der Sicherheit besondere Bedeutung zu. Die Risiken der Kapitalanlage, wie beispielsweise Marktrisiken, Kreditrisiken oder Liquiditätsrisiken, werden in einem vertretbaren Rahmen gehalten.

Verschiedene Anlageklassen (z. B. festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Immobilien) bergen unterschiedliche Renditeerwartungen und Risiken. Ihre Wertentwicklung ist in unterschiedlichen Marktsituationen regelmäßig nicht gleichläufig. Dadurch treten Kompensationseffekte ein, die das Kapitalanlageergebnis über verschiedene Zeiträume hinweg verstetigen. Vor diesem Hintergrund ist es ökonomisch sinnvoll, das Gesamtportfolio auf unterschiedliche Anlageklassen aufzuteilen.

Im Rahmen eines strukturierten Kapitalanlageprozesses werden zunächst Mindest-Renditeanforderungen sowie Kapitalanlageziele definiert, die sich nach den betriebenen Versicherungsgeschäften und den damit verbundenen Risiken richten. Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung von Kapitalmarkteinschätzungen und statistischen Datenreihen werden nach einem modellbasierten Ansatz Ziel-Portfolios festgelegt. Unter Berücksichtigung dieser Zielportfolios sowie taktischer Bandbreiten wird das Vermögen auf die verschiedenen Anlagesegmente aufgeteilt (strategische Asset Allokation). Den Ziel-Portfolios werden die erforderlichen Risikobudgets (Value at Risk-Ansatz) zugeteilt.

Die Umsetzung der Kapitalanlagestrategie erfolgt durch Auswahl und Vornahme von Einzelinvestments auf Basis klarer und präziser Investmentmandate für interne Entscheidungsträger bzw. externe Fondsmanager unter Beachtung insbesondere des Grundsatzes der Risikostreuung, der aktuellen Risikosituation und der unterjährigen Liquiditätsentwicklung. Ein Abgleich zwischen den Ist-Portfolios und den beschlossenen Ziel-Portfolios der Gesellschaften wird regelmäßig vorgenommen.

Vor Durchführung einer geplanten Transaktion (An- und Verkäufe von Kapitalanlagen) werden die damit verbundenen Chancen und Risiken analysiert. Umfang und Tiefe der Prüfung richten sich nach dem Risikoprofil des jeweiligen Investments. Vermögenswerte und Instrumente dürfen nur erworben werden, wenn die mit ihnen verbundenen Risiken hinreichend identifiziert, bewertet, überwacht, gesteuert, kontrolliert und in die Berichterstattung einbezogen werden können. Es wird sichergestellt, dass jederzeit auf sich wandelnde wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen, insbesondere Veränderungen auf den Finanz- und Immobilienmärkten, angemessen reagiert werden kann.

Ein zentrales Element des Risikomanagementsystems der LVM Versicherung ist die Definition von Risikoindikatoren und die Festlegung von Schwellenwerten im Rahmen eines operativen Limitsystems (Frühwarnsystem). Die Risikosteuerung und –überwachung für die quantifizierbaren Risiken des LVM a.G. wird durch die Festlegung von Schwellenwerten operationalisiert und durch geeignete Eskalationsmaßnahmen ergänzt.

Das Marktrisiko liegt in der Unsicherheit über Veränderungen von Marktpreisen und –kursen (inklusive Zinsen, Aktienkurse und Devisenkurse) und den zwischen ihnen bestehenden Abhängigkeiten und ihren Volatilitätsniveaus begründet.

Das Marktrisiko setzt sich aus den folgenden sechs Risikosubmodulen zusammen:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktienrisiko
- Immobilienrisiko
- Spreadrisiko
- Konzentrationsrisiko
- Währungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko bezeichnet das Risiko von Wertänderungen der Eigenmittel in der Folge einer Veränderung des Zinsniveaus. Alle Vermögenswerte und Schulden, die auf eine Änderung der Zinskurve reagieren, sind vom Zinsänderungsrisiko betroffen. Dazu gehören vor allem die festverzinslichen Anlagen (z. B. Schuldverschreibungen, Pfandbriefe, Hypotheken) und die versicherungstechnischen Rückstellungen. Im Fall einer steigenden Zinskurve verlieren die festverzinslichen Anlagen an Marktwert. Bei fallenden Zinsen gewinnen die Positionen an Marktwert. Die Auswirkungen einer Zinsänderung hängen von der Bilanzstruktur des Versicherungsunternehmens ab. Eine Kapitalanforderung entsteht bei einem Zinsanstieg, wenn die Reduktion der Aktivseite größer ist als ein möglicher Rückgang der versicherungstechnischen Rückstellungen. Bei einem Zinsrückgang entsteht eine Kapitalanforderung, wenn der mögliche Anstieg bei den versicherungstechnischen Rückstellungen größer ist als der Zuwachs der Bewertungsreserven auf der Aktivseite.

Das Aktienrisiko drückt das Risiko von Wertänderungen von Aktien und anderen Eigenkapitalinstrumenten aus. Bei Aktienanlagen besteht die Chance auf höhere Renditen, gleichzeitig ist das Risiko für Wertverluste größer als z. B. am Zinsmarkt. Für die Bewertung des Aktienrisikos wird zwischen Aktien unterschieden, die an geregelten Märkten notiert sind, sowie nicht börsennotierten Aktien und anderen nicht unter das Zinsänderungs-, Immobilien- oder Spreadrisiko fallende Anlagen. Der Aktienanteil an den gesamten Kapitalanlagen ist durch Limite begrenzt. Durch die Verteilung der Aktienanlagen auf verschiedene Branchen und Regionen wird zudem eine hohe Diversifikation erreicht. Der Großteil der Aktienanlagen wird in Fondsmandaten gehalten.

Das Immobilienrisiko gibt das Risiko der Marktwertveränderung von direkt und indirekt gehaltenen Immobilien bei Änderungen des Marktes an. Das Immobilienportfolio als Teil der Gesamtkapitalanlage ist breit diversifiziert. Der Fokus liegt auf Objekten an etablierten Standorten innerhalb Deutschlands sowie auf verschiedenen Nutzungsarten.

Lediglich für den LVM a.G. besteht insbesondere durch die eigengenutzten Gebäude eine regionale Konzentration auf den Standort Münster, welche durch ein intensives Standort-Monitoring überwacht wird. Als Folge gestiegener Zinsen haben sich erhöhte Finanzierungsrisiken sowie sinkende Immobilienpreise ergeben. Bei gleichzeitiger Inflation der Baukosten sind die Risiken für Projektentwicklungen gestiegen.

Das Spreadrisiko ist das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Wertpapieremittenten, Gegenparteien oder anderen Schuldnern, gegenüber denen Forderungen bestehen. Es schlägt sich in einer Erhöhung der bonitätsabhängigen Risikoaufschläge (Credit Spreads) am Kapitalmarkt und einem damit verbundenen Kursrückgang bei den Vermögenswerten nieder. Gemäß der Standardformel ist das Spreadrisiko ein Teil des Marktrisikomoduls. Auf Kreditrisiken, zu denen das Spreadrisiko ebenso zählt, wird in Kapitel C.3 eingegangen.

Das Konzentrationsrisiko wird in der Delegierten Verordnung unter dem Begriff Marktrisikokonzentrationen geführt. Als Element des Marktrisikos hat das Konzentrationsrisiko eine geringere Bedeutung hinsichtlich der Solvenzkapitalanforderung als beispielsweise das Aktien- oder Zinsrisiko. Das Konzentrationsrisiko erwächst aus einer höheren Volatilität sowie einem gestiegenen Risiko bei Ausfall eines Emittenten in einem Kapitalanlageportfolio mit geringer Streuung. Detailliertere Informationen zum Konzentrationsrisiko bei Rentenanlagen können dem Kapitel C.3 entnommen werden.

Sofern Kapitalanlagen in anderer Währung als dem Euro gehalten werden, kann das Währungsrisiko den Wert der Eigenmittel verändern. Die Fremdwährung kann im Vergleich zum Euro auf- oder abwerten. Die Währungsrisiken werden laufend überwacht und sind in die monatliche Risikoberichterstattung integriert. Gleichzeitig werden eingegangene Fremdwährungsrisiken durch den Einsatz von Absicherungsmechanismen reduziert.

Im Rahmen von Solvency II wird das Marktrisiko für LVM a.G. gemäß der Standardformel 3.214.235 Tsd. € (Vj. 2.790.518 Tsd. €) berechnet. Dominiert wird das Marktrisiko beim LVM a.G. hauptsächlich durch das Aktienrisiko (2.264.757 Tsd. €), das Spreadrisiko (552.022 Tsd. €), das Fremdwährungsrisiko (564.216 Tsd. €) und das Immobilienrisiko (404.527 Tsd. €). Die Solvenzkapitalanforderungen für das Aktien-, das Spread-, das Fremdwährungs- und das Immobilienrisiko überschreiten die definierte Wesentlichkeitsschwelle. Daher werden diese Risiken als wesentlich eingestuft. Das Risiko der Kapitalanlagen wird im Rahmen eines übergeordneten Ampelsystems überwacht und ggf. reduziert. Zur Messung und Steuerung des Marktpreisrisikos von Rentenanlagen wird auf ein Durationsmanagement zurückgegriffen.

Der LVM a.G. setzt keine Zweckgesellschaften (SPV) ein, sodass auch keine Risikoübertragung auf Zweckgesellschaften erfolgt.

Im Berichtszeitraum wurden keine wesentlichen Änderungen der Maßnahmen, die zur Bewertung der Marktrisiken getroffen werden, vorgenommen.

Risikokonzentration

Zur Begrenzung des Konzentrationsrisikos erfolgt eine Diversifizierung der Kapitalanlagen auf Basis definierter Schwellenwerte für Anlageklassen, Länder sowie – getrennt nach Aktien- und Rentenbestand – Emittenten. Die Einhaltung der Schwellenwerte wird laufend überwacht.

Im Rahmen der Überwachung des Währungsrisikos wird die gesamte Kapitalanlage, verteilt auf die einzelnen Währungen, laufend kontrolliert. Der Anteil der Anlagen in anderen Währungen als dem Euro ist limitiert.

Risikominderungstechniken

Zur Steuerung und Begrenzung von Markt- und Kreditrisiken innerhalb der Master-KVG-Struktur bestehen beim LVM a.G., bei LVM-Leben und bei LVM-Kranken spezielle Risiko-Overlays. Das Ziel dieser Risiko-Overlays besteht darin, auf Ebene der Masterfonds gesetzte Wertuntergrenzen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu unterschreiten. Durch die Risiko-Overlays wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen im Fall von Verlusten auf den Kapitalmärkten stabilisiert. Die Einbeziehung von Aktienkurs-, Zins-, Kredit- und Fremdwährungsrisiken in diese Risikominderungstechnik ermöglicht die Nutzung sämtlicher Korrelationseffekte innerhalb der Masterfonds. Die Wirksamkeit der Maßnahme wird durch Risikobudgets (maximale Verlustschwellen), die den externen Overlay-Managern zur Verfügung gestellt werden, gewährleistet.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Stresstests bzw. Szenarioanalysen wurden im Rahmen der ORSA-Projektionsrechnungen durchgeführt. Hierbei werden im Vergleich zur Unternehmensplanung ein Zinsstress und vor dem Hintergrund der Herausforderungen des Klimawandels Szenarien zu Klimaänderungsrisiken simuliert. Die Unternehmensplanung berücksichtigt dabei bereits die wesentlichen Änderungen aus dem Solvency II-Review. Diese werden ab dem 30.1.2027 verpflichtend anzuwenden sein und werden daher in der Mehrjahresprojektion ab dem Jahr 2027 berücksichtigt. Für den Zinsstress werden die Auswirkungen auf die Solvenzquoten für die nächsten fünf Geschäftsjahre quantifiziert. Die Auswirkungen auf die wesentlichen Risiken und die Solvenzquoten werden im Vergleich zu den entsprechenden Werten aus der Unternehmensplanung analysiert. Hinsichtlich der Szenarien zu Klimaänderungsrisiken wird unterstellt, dass das jeweilige Szenario im Jahr 2026 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist wird. Anschließend werden die daraus resultierenden Marktwertveränderungen in der Kapitalanlage betrachtet. Für den LVM a.G. werden zudem Eigenmittelverluste aus durch den Klimawandel beeinflussten Naturkatastrophenerignissen im Jahr 2026 berücksichtigt. Die Auswirkungen auf die wesentlichen Risiken und die Solvenzquoten ergeben sich somit im Vergleich zur Unternehmensplanung für das Jahr 2026. Die Berechnungen werden gemäß der Standardformel durchgeführt.

Zinsstress

Beim Zinsstress werden die Auswirkungen eines Rückgangs des Zinsniveaus simuliert. Bis zum 31.12.2026 geht die Zinskurve in eine gestresste Zinsstrukturkurve über. Die gestresste Kurve ergibt sich aus der historisch niedrigsten Zinskurve vom 31.8.2019, die in der Laufzeit 0 Jahre um 20 Basispunkte, in der Laufzeit 20 Jahre um 100 Basispunkte verschoben und dazwischen interpoliert wird. In den Folgejahren verbleibt die Zinskurve auf dem niedrigen Niveau. Die Spreads entwickeln sich analog zur Unternehmensplanung.

Im Zinsstress liegt die Solvenzquote am Ende der Projektion über den Zeitraum der Unternehmensplanung im Jahr 2030 mit 302% unter der Solvenzquote in der Unternehmensplanung von 343%. Das Marktrisiko ist mit 4.194.091 Tsd.€ in diesem Szenario im Jahr 2029 höher als in der Unternehmensplanung (3.881.446 Tsd.€). Hinsichtlich der wesentlichen Marktrisiken gilt, dass das Aktienrisiko mit 2.707.416 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 2.571.065 Tsd.€), das Fremdwährungsrisiko mit 748.339 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 705.986 Tsd.€), das Spreadrisiko mit 857.626 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 812.790 Tsd.€) und das Immobilienrisiko mit 527.079 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 516.250 Tsd.€) höhere Werte aufweisen als in der Unternehmensplanung. Das versicherungstechnische Risiko Schaden fällt in diesem Szenario mit 1.982.127 Tsd.€ im Jahr 2030 moderat höher als in der Unternehmensplanung (1.908.525 Tsd.€) aus. Die geringere Solvenzquote ist daher in diesem Szenario auf höhere Risiken und bedingt durch niedrigere Kapitalanlageerträge geringere Eigenmittel zurückzuführen.

Klimaänderungsrisiken: „Delayed Transition“

Die Basis für die Betrachtungen bildete das vom Network for Greening the Financial System (NGFS), einem Zusammenschluss von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, entwickelte Szenario „Delayed Transition“. Im NGFS-Szenario „Delayed Transition“ können die Auswirkungen des Klimawandels auf einen Temperaturanstieg von unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit beschränkt werden. Allerdings erfolgt das politische Umsteuern zeitverzögert und abrupt, was deutliche Verwerfungen an den Kapitalmärkten im Zeitraum 2030 bis 2040 bedingt. Diese führen zu einem Anstieg der Leitzinsen. Zudem sind für Sachwerte abhängig von der Assetklasse moderate Marktwertrückgänge zu verzeichnen. Das Szenario wird sowohl in der Perspektive bis 2035 als auch in der Perspektive bis 2050 betrachtet. Methodisch wird angenommen, dass die Auswirkungen im Jahr 2026 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist werden. Für den LVM a.G. wird zudem ein Eigenmittelverlust im Jahr 2026 berücksichtigt, dessen Höhe aus einem 100-Jahres-Naturkatastrophenereignis in diesem Szenario abgeleitet wurde.

Bis 2050 ist in diesem Szenario aufgrund der Kapitalmarktverwerfungen und aufgrund der Schäden durch Naturkatastrophenereignisse ein deutlicher Eigenmittelrückgang von 9.797.644 Tsd.€ auf 8.947.219 Tsd.€ gegenüber der Unternehmensplanung 2026 zu verzeichnen. Aufgrund des gesunkenen Kapitalanlagebestands sinken jedoch auch die Marktrisiken deutlich. Das Marktrisiko ist mit 2.798.322 Tsd.€ in diesem Szenario geringer als in der Unternehmensplanung (3.089.480 Tsd.€). Hinsichtlich der wesentlichen Marktrisiken gilt, dass das Aktienrisiko mit 1.805.464 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 2.070.731 Tsd.€), das Fremdwährungsrisiko mit 543.047 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 559.353 Tsd.€), das Spreadrisiko mit 616.584 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 640.024 Tsd.€) und das Immobilienrisiko mit 384.975 Tsd.€ (Unternehmensplanung: 396.233 Tsd.€) geringere Werte aufweisen. Für die Standardformelberechnung liegen derzeit keine an den Klimawandel angepassten Naturkatastrophenrisikomodellierungen vor. Daher fällt das versicherungstechnische Risiko Schaden in dem Szenario Delayed Transition 2050 zinsbedingt mit 1.419.161 Tsd.€ leicht geringer aus als in der Unternehmensplanung 2026 (1.421.801 Tsd.€). Die Solvenzquote sinkt in diesem Szenario leicht von 329% auf 323%.

Klimaänderungsrisiken: „Current Policies“

Die Basis für dieses Szenario bildete das vom Network for Greening the Financial System entwickelte Szenario „Current Policies“. Im NGFS-Szenario „Current Policies“ erfolgt kein politisches Umsteuern. Das Klimaänderungsrisiko realisiert sich und der Temperaturanstieg setzt sich ungebremst fort. Bis 2050 ist in diesem Szenario mit einem Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu rechnen. Für Sachwerte sind in diesem Szenario abhängig von der Assetklasse geringe Marktwertrückgänge zu verzeichnen. Das Szenario wird sowohl in der Perspektive bis 2035 als auch in der Perspektive bis 2050 betrachtet. Methodisch wird angenommen, dass die Auswirkungen im Jahr 2026 vollständig vom Kapitalmarkt eingepreist werden. Durch den Temperaturanstieg erhöhen sich die Naturkatastrophenrisiken, denen der LVM a.G. ausgesetzt ist. Insbesondere das Überschwemmungs- und Hagelrisiko steigen nach derzeitigem Kenntnisstand an. Für den LVM a.G. wird daher zusätzlich ein Eigenmittelverlust im Jahr 2026 berücksichtigt, dessen Höhe aus einem 100-Jahres-Naturkatastrophenschaden in diesem Szenario abgeleitet wurde.

Bis 2050 ist in diesem Szenario aufgrund der Kapitalmarktverluste und insbesondere aufgrund der Schäden durch Naturkatastrophenereignisse ein Eigenmittelrückgang von 9.797.644 Tsd. € auf 9.077.719 Tsd. € gegenüber der Unternehmensplanung 2026 zu verzeichnen. Aufgrund des gesunkenen Kapitalanlagebestands sinken jedoch auch die Marktrisiken. Das Marktrisiko ist mit 2.979.799 Tsd. € in diesem Szenario geringer als in der Unternehmensplanung (3.089.480 Tsd. €). Hinsichtlich der wesentlichen Marktrisiken gilt, dass das Aktienrisiko mit 1.968.339 Tsd. € (Unternehmensplanung: 2.070.731 Tsd. €), das Fremdwährungsrisiko mit 552.674 Tsd. € (Unternehmensplanung: 559.353 Tsd. €), das Spreadrisiko mit 634.850 Tsd. € (Unternehmensplanung: 640.024 Tsd. €) und das Immobilienrisiko mit 392.000 Tsd. € (Unternehmensplanung: 396.233 Tsd. €) geringere Werte aufweisen. Für die Standardformelberechnung liegen derzeit keine an den Klimawandel angepassten Naturkatastrophenrisikomodellierungen vor. Daher nimmt das versicherungstechnische Risiko Schaden in dem Szenario „Current Policies“ 2050 unverändert gegenüber der Unternehmensplanung 2025 einen Wert von 1.421.801 Tsd. € an. Die Solvenzquote sinkt in diesem Szenario von 329% auf 313%.

C.3 Kreditrisiko

Risikoexponierung

Das Kreditrisiko (Bonitäts- oder Adressenausfallrisiko) ist das Risiko von Verlusten aufgrund unerwarteter Ausfälle oder unerwarteter Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Adressenausfallrisiko umfasst vor allem die Risikoarten Emittentenrisiko, Kontrahentenrisiko und Länderrisiko.

Die Verteilung der Rentendirektanlagen auf die einzelnen Risikoklassen ergibt sich aus der nachfolgenden Tabelle:

Ratingklassen der Rentendirektanlagen in %			
	AAA	AA	A
31.12.2025	75,4	14,0	2,8

Für die übrigen 7,8% der Rentendirektanlagen liegt kein externes Rating vor. Unter Einbeziehung der indirekt über Spezialfonds gehaltenen Anlagen weist der Rentenbestand des LVM a.G. eine hohe Sicherheit mit einem Durchschnittsrating von A auf.

Risikokonzentration

Die fünf größten Einzelschuldner ohne Berücksichtigung von Ausleihungen an konzern-eigene Gesellschaften haben zusammengerechnet beim LVM a.G. einen Anteil von 8,3% an den gesamten Kapitalanlagen. Bei den Emittenten handelt es sich um zwei Staaten der Eurozone, einen außereuropäischen Staat, ein deutsches Bundesland sowie ein Kreditinstitut mit jeweils sehr guter Bonität. Über 65% der Rentenanlagen beim LVM a.G. verteilen sich auf Deutschland, weitere europäische Staaten sowie supranationale Emittenten wie z.B. die Europäische Union.

Durch die breite Streuung des Portfolios wird das Ausfallrisiko begrenzt. Die Schwerpunkte der Rentenanlagen liegen in den Emittentenarten Staaten, Bundesländer/Regionen, supranationale und nationale Förderbanken, Landesbanken sowie Hypothekenbanken. Der weitaus größte Teil der Anlagen bei Banken im Bestand des LVM a.G. ist aufgrund spezialgesetzlicher Vorschriften gesichert (z.B. Pfandbriefe).

Gemäß der Standardformel ist das Spreadrisiko ein Teil des Marktrisikomoduls. Die Solvenzkapitalanforderungen werden daher im Kapitel C.2 Marktrisiko ausgewiesen.

Risikominderungsmaßnahmen

Das Kreditrisiko wird beim LVM a.G. unter Verwendung von externen Ratings anerkannter Ratingagenturen und eigenen Kreditrisikobewertungen kontrolliert und begrenzt. Erfolgsgefährdende Risiken werden limitiert, ebenso darf das Durchschnittsrating einen gesetzten Schwellenwert nicht unterschreiten.

Diese Bewertung, Überwachung und Begrenzung des Kreditrisikos trägt dazu bei, dass die Vermögenswerte im Einklang mit dem Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht angelegt werden.

Zur Vermeidung von Konzentrationsrisiken werden in der Kapitalanlagerichtlinie Emittentenlimite für den Rentenbestand festgelegt, die laufend überwacht werden. Maximal

dürfen bei einem Emittenten mit bester Risikoeinschätzung von AAA 10,0% der Kapitalanlagen angelegt werden. Dieses Limit reduziert sich stufenweise bis auf 5,0% der Kapitalanlagen bei Emittenten mit einer Risikoeinstufung von BBB. Darüber hinaus werden zu hohe Konzentrationen der Rentenanlagen in einzelnen Ländern ebenfalls durch Vorgabe und Überwachung von Limiten vermieden.

Risikokonzentrationen im Bereich der Tages- und Termingelder werden durch die Festlegung und laufende Überwachung interner Kontrahentenlimite reduziert.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Die durchgeführten Stresstests bzw. Szenarioanalysen werden im Kapitel C.2 Marktrisiko beschrieben.

C.4 Liquiditätsrisiko

Risikoexponierung

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen seinen finanziellen Verpflichtungen nicht mehr fristgerecht bzw. in voller Höhe nachkommen kann.

Eine fortlaufende tägliche Liquiditätsplanung gewährleistet für die Gesellschaften der LVM-Gruppe, dass Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit erfüllt werden können. Per 31.12.2025 wurden mehr als 55% der Kapitalanlagen in hochliquiden Anlagen wie börsennotierten Papieren, Wertpapierfonds und Einlagen bei Kreditinstituten gehalten.

Neben der täglichen Liquiditätsplanung werden weitere Liquiditätskennzahlen berechnet wie z. B. Liquiditätsbedeckungsquoten über mehrere Zeiträume. Die Liquiditätsbedeckungsquote ist eine stichtagsbezogene Betrachtung der erwarteten Einzahlungen zuzüglich der realisierbaren Zahlungsmittel im Verhältnis zu den erwarteten Auszahlungen.

Die Entwicklung der Schadensfälle, welche durch Naturkatastrophen stark beeinflusst werden können, haben wesentlichen Einfluss auf die Liquiditätssituation beim LVM a.G.

Bei der Kalkulation der Prämien werden die erwarteten Leistungen und Kosten sowie ein Gewinn für das Unternehmen einkalkuliert. Dieser Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns für die bestehenden Versicherungsverträge bis zu deren Vertragsende (berechnet gem. Art. 260 Abs. 2 Delegierte Verordnung (EU) 2015/35) beträgt zum Stichtag 346.278 Tsd. €.

Risikokonzentration

Die Ergebnisse der Berechnungen der Liquiditätskennzahlen zeigen, dass deutliche Überdeckungen der erforderlichen Liquiditätsbeträge bestehen. Die Liquiditätsbedeckungsquoten werden als Faktor der Bedeckung und nicht in Prozent angegeben. Eine Quote von z. B. 2,0 entspricht somit dem 2-fachen Wert der Liquiditätserfordernis. Die Liquiditätsbedeckungsquote auf Sicht von 12 Monaten liegt per 31.12.2025 beim LVM a.G. bei 2,17.

Durch die laufenden geplanten Einzahlungen über das Gesamtjahr ist eine Deckung der geplanten Auszahlungen gewährleistet. Die Anlage in Tages- und Termingelder dient der

Liquiditätsreserve sowie der Steuerung temporärer Liquiditätsüberschüsse, die für künftige geplante Auszahlungen benötigt werden.

Risikokonzentrationen im Bereich der Tages- und Termingelder werden durch die Festlegung und laufende Überwachung interner Kontrahentenlimite reduziert.

Risikominderungsmaßnahmen

Beim LVM a.G. wird dem Liquiditätsrisiko durch eine revolvingende Finanzplanung sowie durch eine laufende Überwachung und Steuerung der zu erwartenden Ein- und Auszahlungen Rechnung getragen. Im Rahmen von Abweichungsanalysen werden die Gründe eventueller Abweichungen untersucht. Die Steuerung der Veräußerbarkeit des Kapitalanlagenbestands wird durch die Einteilung in Klassen unterschiedlicher Liquidierbarkeit vorgenommen. Die Mindestanforderung an den durchschnittlichen Liquiditätsgrad der Kapitalanlagen ist in Form eines internen Limits vorgegeben.

Anhand der dargestellten Maßnahmen wird das Liquiditätsrisiko unter Berücksichtigung des Grundsatzes der unternehmerischen Vorsicht begrenzt.

Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Die Liquiditätsbedeckungsquoten werden zusätzlich Stressszenarien unterzogen. Dabei werden nachteilige Ereignisse wie z. B. ein Naturkatastrophenereignis oder die erschwerte Liquidierbarkeit (Fungibilität) von Kapitalanlagen aufgrund geänderter Marktbedingungen berücksichtigt. Die den Stressszenarien zugrundegelegten Annahmen werden jährlich überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Die Ergebnisse der Berechnungen zeigen, dass auch unter der Berücksichtigung nachteiliger Entwicklungen in Form einer höheren Schaden- bzw. Stornoquote sowie einer simultan eingeschränkten Liquidierbarkeit der Kapitalanlagen die erforderlichen Liquiditätsbeträge deutlich übergedeckt sind. Auch die langfristigen Liquiditätsbedeckungsquoten, die auf Basis von Projektionsrechnungen für den Zeitraum der Unternehmensplanung von fünf Jahren ermittelt werden, weisen unter Einbeziehung von Stressszenarien konstante Überdeckungen aus.

C.5 Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen oder aus mitarbeitenden- und systembedingten sowie externen Vorfällen. Das operationelle Risiko umfasst auch Rechtsänderungs- und Compliance-Risiken, jedoch nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Für einen wirksamen und effizienten Umgang mit dem operationellen Risiko haben alle Abteilungen und Bereiche vorab definierte Standardmaßnahmen getroffen. Zu diesen gehört insbesondere die Einrichtung eines IKS, in welchem risikoadäquate Kontrollen innerhalb aller wesentlichen Geschäftsprozesse durchgeführt werden. Das dokumentierte IKS umfasst insbesondere die Überwachung aller für operationelle Risiken anfälligen wesentlichen Geschäftsprozesse. Darüber hinaus hat die LVM Versicherung für Krisenfälle eine Notfallplanung erarbeitet, mit der die Kontinuität der wichtigsten

Geschäftsprozesse auch in Krisenzeiten aufrechterhalten werden soll. Die LVM Versicherung nimmt weiterhin an der Kommunikation mit dem LKRZV teil. Diese Institution hat das Ziel, sicherheitsrelevante Erkenntnisse direkt an alle Mitglieder des GDV und das BSI weiterzugeben. Ergänzend sind alle Abteilungen dazu angehalten, mindestens alle für die Geschäftsprozesse wichtigen Funktionen zu identifizieren und für diese eine Stellvertreterregelung zu schaffen.

Alle Abteilungen und Bereiche überprüfen die Wirksamkeit und Angemessenheit der Standardmaßnahmen laufend und dokumentieren gegebenenfalls notwendige Änderungen. Im Rahmen der regelmäßigen Jahres-Risikoinventur sowie IKS-Inventur werden die Vollständigkeit und die Aktualität der jeweiligen Dokumentationen durch die uRCF abgefragt.

In der Standardformel wird der Wert des operationellen Risikos in Höhe von 115.011 Tsd. € (Vj. 103.854 Tsd. €) durch einen pauschalen Ansatz ermittelt. Eine interne Analyse hat ergeben, dass die in der Risikoinventur ermittelten Einzelrisiken der Kategorie operationelles Risiko durch diesen pauschalen Ansatz als ausreichend bedeckt angesehen werden.

Darüber hinaus werden konzernweit für bestimmte operationelle Einzelrisiken Szenarioanalysen durchgeführt. Dabei werden u. a. die folgenden operationellen Einzelrisiken einheitlich bewertet:

- Ausfall von Technik/IT
- Ausfall von Mitarbeitenden
- Ausfall von Gebäude/Gebäudeteilen und deren Infrastruktur
- Nichtverfügbarkeit der Daten durch einen Cyberangriff
- Risiko einer Unwirksamkeit der Beitragsanpassungsklausel (BAK)

Daneben werden Rechtsänderungsrisiken und Compliance-Risiken überwacht. Unter Compliance wird die Einhaltung der relevanten externen (und ggf. unternehmensinternen) Regelungen verstanden. Compliance-Risiken bezeichnen somit das Risiko, welches sich aus der Nichteinhaltung dieser Anforderungen ergibt. Bei der LVM Versicherung werden die Compliance-Risiken systematisch identifiziert und erfasst. Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Risiko- und Compliance-Inventuren dokumentieren alle Abteilungen die wesentlichen Compliance-Risiken. Die identifizierten Compliance-Risiken sind in den bestehenden Risikomanagementprozess integriert und werden in den jeweiligen Ressort- und bei Bedarf in Konzern-Risikokomitee-Sitzungen behandelt.

C.6 Andere wesentliche Risiken

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ergibt sich aus allen geschäftspolitischen Entscheidungen. Zu dem strategischen Risiko zählt auch das Risiko, das sich daraus ergibt, dass Geschäftsentscheidungen nicht einem geänderten Wirtschaftsumfeld angepasst werden. Grundlage für die Risikobetrachtung ist ein mehrjähriger Beurteilungszeitraum, der den strategischen Planungszeitraum des Unternehmens abbildet. Um das strategische Risiko zu begrenzen, wird das Wirtschaftsumfeld laufend beobachtet. Sollten wesentliche

Änderungen festgestellt werden, die eine Anpassung der Geschäftsentscheidungen notwendig machen, wird darauf in angemessener Weise reagiert. Das strategische Risiko wird in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs nicht berücksichtigt. Der Fokus hierbei liegt auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ergibt sich aus einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Behörden). Aufgrund der Ein-Marken-Strategie der LVM-Versicherungsgesellschaften wird das Reputationsrisiko auf Gruppenebene überwacht und gesteuert. Das Reputationsrisiko wird in der Quantifizierung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs nicht berücksichtigt. Der Fokus hierbei liegt auf den Risikosteuerungsmaßnahmen.

Risikoexponierungen aufgrund von Zweckgesellschaften und außerbilanziellen Posten

Der LVM a.G. verfügt derzeit über keine Zweckgesellschaften gemäß Artikel 13 der Solvency II-Rahmenrichtlinie.

Im Zuge der Veräußerung von Geschäftsbereichen der AAB hat der LVM a.G. eine modifizierte Ausfallbürgschaft gegenüber der Süd-West-Kreditbank Finanzierung GmbH (SWK) übernommen. Mit dieser Bürgschaft wurden bestimmte Ansprüche der SWK gegen die AAB aus einem zugrunde liegenden Kaufvertrag abgesichert. Die Höhe der Bürgschaft ist für die ersten 5 Jahre nach dem Übergangsstichtag auf den finalen Kaufpreis begrenzt und reduziert sich ab dem 30.6.2027 auf einen Höchstbetrag von 10 Mio. €. Ab dem 30.6.2032 ist dieser Anspruch verjährt.

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen sind alle mit einem Ausfallrisiko behafteten Engagements der Unternehmen einer Gruppe, die groß genug sind, um die Solvabilität oder die allgemeine Finanzlage eines oder mehrerer der beaufsichtigten Gruppenunternehmen zu gefährden.

Beim LVM a.G. wurde neben den in Abschnitt C.2 dargestellten Kapitalanlagekonzentrationen eine Konzentration gegenüber einem Rückversicherer und der Tochtergesellschaft LVM-Leben identifiziert. Die Konzentrationen werden im Rahmen des Risikomanagementsystems überwacht. Mit einem Ausfall dieser Engagements wird nicht gerechnet.

C.7 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Risikoprofil sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

D Bewertung für Solvabilitätszwecke

Im Nachfolgenden werden die Bewertungsmethoden der Solvenzbilanz sowie die Differenzen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz beschrieben.

D.1 Vermögenswerte

In der Handelsbilanz werden die Kapitalanlagen mit ihren Buchwerten bilanziert. Diese Buchwerte basieren auf den Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände im Kaufzeitpunkt. In der Folgezeit können sich die Buchwerte durch planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen oder durch Zuschreibungen bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten verändern. Maßgeblich für diese Anpassungen sind die handelsrechtlichen Vorschriften. Im Kaufzeitpunkt vorhandene Agien oder Disagien werden über die Laufzeit verteilt aufgelöst. Die Bewertungsmethoden in der Handelsbilanz sind im Anhang des Geschäftsberichts 2025 erläutert. Dieser Bericht kann unter www.lvm.de/geschaeftsberichte aufgerufen werden.

In der Solvenzbilanz werden die Kapitalanlagen dagegen mit ihren Marktwerten bilanziert. Für die Ermittlung dieser aktuellen Marktwerte wird die in Artikel 10 der Delegierten Verordnung genannte Bewertungshierarchie angewendet. Soweit möglich werden aktuell am Markt gehandelte Preise für die Bewertung der jeweiligen Vermögenswerte verwendet (Mark-to-Market-Bewertung). Für Anlagen ohne notierte Marktpreise an aktiven Märkten wird geprüft, ob an aktiven Märkten notierte Marktpreise ähnlicher Vermögenswerte als Grundlage der Bewertung herangezogen werden können. Zwischen den Vermögenswerten bestehende Unterschiede werden durch entsprechende Anpassungen berücksichtigt. Für Anlagen, deren Markt ggf. intransparent oder nicht liquide ist, wird für die Preisermittlung auf gängige alternative Bewertungsmethoden zurückgegriffen (Mark-to-Model-Bewertung). Bei der Bewertung wird dabei weitestmöglich auf relevante Marktdaten und so wenig wie möglich auf unternehmensspezifische Inputfaktoren abgestellt.

Bewertung der Kapitalanlagen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Bilanzwerte für die Kapitalanlagen der Solvenz- und der Handelsbilanz dargestellt. Die Differenzen resultieren zum einen aus der Bewertungsmethodik. In der Solvenzbilanz werden Marktwerte angesetzt und in der Handelsbilanz werden die fortgeführten Anschaffungskosten verwendet. Darüber hinaus resultieren die Differenzen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz bei den Bilanzposten Anleihen (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen), Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente, Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen sowie sonstige Darlehen und Hypotheken aus bestehenden Zinsforderungen. In der Tabelle werden die wesentlichen Ursachen für die Abweichungen zwischen der Solvenzbilanz und der Handelsbilanz als 'davon'-Größen dargestellt (davon aus Marktbewertung bzw. davon aus Zinsforderungen) :

Kapitalanlagen					
Bilanzposten Tsd. €	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz	Davon aus Markt- bewertung	Davon aus Zins- forderung
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	315.610	236.120	79.491	79.491	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	1.411.994	423.544	988.450	988.450	0
Aktien - notiert	1.657	1.657	0	0	0
Aktien - nicht notiert	867	867	0	0	0
Staatsanleihen	714.034	772.582	-58.548	-65.598	7.050
Unternehmensanleihen	547.254	599.320	-52.065	-61.861	9.796
Strukturierte Schuldtitel	0	0	0	0	0
Besicherte Wertpapiere	0	0	0	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen	6.532.592	5.642.817	889.775	889.775	0
Derivate	0	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	130.492	130.160	332	0	332
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	742.126	802.872	-60.745	-60.958	213
Sonstige Darlehen und Hypotheken	210.329	218.503	-8.174	-8.636	462
Policendarlehen	12.131	12.131	0	0	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.697	3.697	0	0	0
Summe	10.622.784	8.844.269	1.778.515	1.760.663	17.852

Die Marktwerte der Immobilien werden nach dem Ertragswertverfahren ermittelt. Angegeben ist der Wert ohne die eigengenutzten Immobilien. Die Objektwerte hängen nach dem Ertragswertverfahren stark von den zukünftig kalkulierten Erträgen der Immobilien ab. Diese sind in der Hauptsache die Mieterträge, die erzielt werden können. Neben dem erzielbaren Ertrag sind für die Wertermittlung der Immobilien Faktoren wie Bodenwert, Bewirtschaftungskosten, Alter der Immobilien und der Liegenschaftszins von wesentlicher Bedeutung. Dieses Verfahren wird für ca. 3% der gesamten Kapitalanlagen angewendet.

Die Ermittlung der Marktwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, und der nicht notierten Aktien erfolgt, soweit kein Börsenkurs vorliegt, anhand eines vereinfachten Ertragswertverfahrens oder mit dem Nettoinventarwert. Für Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung wird der Wert der Handelsbilanz angesetzt. Der Anteil der verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, und der nicht notierten Aktien an den gesamten Kapitalanlagen beträgt ca. 13%. Die Tochterunternehmen LVM-Leben und LVM-Kranken, welche den größten Anteil des Postens ausmachen, werden in der Solvenzbilanz mit ihrem Nettoinventarwert angesetzt. Dieser stellt den Vermögensüberschuss aus der jeweiligen Solvenzbilanz dar. Für LVM-Leben ergibt sich dieser Wert unter Anwendung der Rückstellungsübergangsbestimmung gemäß Artikel 308 d der Richtlinie 2009/138/EG. Für notierte Aktien wird als Marktwert grundsätzlich der Börsen- bzw. Marktpreis zugrunde gelegt.

Zur Bestimmung der Marktwerte von Anleihen (Staatsanleihen und Unternehmensanleihen) wird differenziert zwischen börsennotierten und nicht börsennotierten Kapitalanlagen. Die Marktwerte von börsennotierten Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden grundsätzlich aus dem Börsen- oder Marktpreis abgeleitet. Bei nicht börsennotierten Kapitalanlagen mit fester Laufzeit, zu denen auch die Darlehen zählen, erfolgt die Marktwertermittlung durch Abzinsung der zukünftigen Einzahlungsüberschüsse (Erträge sowie Nennwertrückzahlung) unter Berücksichtigung

von Renditekurven, die das Risiko der jeweiligen Papiere widerspiegeln. Im Rahmen der Klassifizierung der Papiere werden u. a. die Kriterien „Art der Besicherung“, „Emittent“, „Land“ und „Rating“ verwendet. In den Werten der Solvenzbilanz sind auch die aufgelaufenen Stückzinsen enthalten. Diese werden in der Spalte „davon aus Zinsforderung“ ausgewiesen. Den großen Teil der Differenz zwischen der Handels- und Solvenzbilanz macht momentan die Marktbewertung aus. Die maßgebliche Rolle dabei spielt die Zinsentwicklung. Durch das in den vergangenen Jahren insgesamt gestiegene Zinsniveau sind die Marktwerte der festverzinslichen Anlagen im Saldo unter den Buchwert gesunken. Die Marktwerte steigen bei kürzer werdender Restlaufzeit der Papiere im Bestand, da die Rückzahlung der Papiere bei Fälligkeit zum Nennwert erfolgt. Zur Ermittlung der Marktwerte von Hypotheken, nicht börsenfähigen rentenähnlichen Genussscheinen, nachrangigen Darlehen sowie Darlehen, die in Zusammenhang mit Beteiligungsinvestments vergeben werden, wird das Ertragswertverfahren unter Zugrundelegung einer Renditekurve sowie adäquater Zuschläge verwendet. Die Marktwerte der Policendarlehen basieren auf der handelsrechtlichen Bewertung. Der Anteil sämtlicher Anleihen und Darlehen an den gesamten Kapitalanlagen beträgt ca. 21 %.

Die Marktwertermittlung für die Anteile an Investmentvermögen (Organismen für gemeinsame Anlagen) erfolgt anhand der durch die jeweilige KVG veröffentlichten Anteilspreise. Die KVG ermittelt die Anteilspreise auf Basis der börsennotierten Kurse der von dem Fonds gehaltenen Anlagen bzw. bei Immobilienfonds auf Basis der Marktwerte der von dem Fonds gehaltenen Immobilien. Anlagen in Private Equity und Infrastruktur werden mit dem Nettoinventarwert bewertet. Das Verfahren wird für ca. 61 % der Kapitalanlagen verwendet.

Für die Marktwertermittlung von Derivaten (Forwarddarlehen) werden modellbasierte Bewertungsmethoden verwendet. Die Marktwerte werden unter der Verwendung einer Renditekurve, die um einen anlagegerechten Spread ergänzt wird, ermittelt. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Basis für die Ermittlung der Marktwerte der Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente sind die Nominalwerte. Währungsumrechnungen und Zinsforderungen werden gegebenenfalls berücksichtigt. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Die Marktwerte der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente werden zum Nominalwert ausgewiesen. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen ist dieses Verfahren nur von geringfügiger Bedeutung.

Durch den Zinsanstieg am Geld- und Kapitalmarkt in den vergangenen Jahren sind die Marktwerte der im Bestand befindlichen festverzinslichen Anlagen gesunken. Die Differenz dieser gesunkenen Marktwerte zu den Werten der Handelsbilanz wird als Differenz aus der Marktbewertung ausgewiesen. Anteilige stichtagsbezogene Zinsforderungen zu den einzelnen festverzinslichen Anlagen werden in der Spalte Differenz aus Zinsforderungen ausgewiesen. Die Differenz aus Marktbewertung bei den Organismen für gemeinsame Anlagen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen, resultiert aus der positiven Wertentwicklung der vom LVM a.G. gehaltenen nicht börsennotierten Beteiligungen in den vergangenen Jahren. Auch beim Bilanzposten Immobilien übersteigt der Marktwert den Wertansatz in der Handelsbilanz.

Bewertung der sonstigen Vermögenswerte

Sonstige Vermögenswerte (ohne Kapitalanlagen)			
Bilanzposten	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz
2025 in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	6.955	-6.955
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	313.608	153.779	159.829
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nichtlebensversicherung außer Krankenversicherung)	248.100	234.499	13.601
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherung)	10.559	39.630	-29.071
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherung)	19.993	31.631	-11.638
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Lebensversicherung außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene LV)	535	934	-399
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	219.307	218.083	1.224
Forderungen gegenüber Rückversicherern	15.959	15.959	0
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	1.055.395	24.934	1.030.461
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	68.342	83.474	-15.132
Summe	1.951.798	809.878	1.141.920
Vorjahr in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	6.547	-6.547
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	305.029	148.456	156.573
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nichtlebensversicherung außer Krankenversicherung)	235.560	251.132	-15.572
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherung)	9.647	40.003	-30.356
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherung)	22.382	30.253	-7.871
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Lebensversicherung außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene LV)	618	979	-361
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	206.756	205.606	1.150
Forderungen gegenüber Rückversicherern	72.830	72.831	-1
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	988.261	21.715	966.545
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	133.180	144.261	-11.081
Summe	1.974.263	921.783	1.052.479
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Immaterielle Vermögenswerte	0	408	-408
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	8.579	5.323	3.256
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nichtlebensversicherung außer Krankenversicherung)	12.540	-16.633	29.173
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherung)	912	-373	1.285
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherung)	-2.389	1.378	-3.767
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen (Lebensversicherung außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundene LV)	-83	-45	-38
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	12.551	12.477	74
Forderungen gegenüber Rückversicherern	-56.871	-56.872	1
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	67.134	3.219	63.915
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	-64.838	-60.787	-4.051
Summe	-22.465	-111.905	89.440

Für die in der Handelsbilanz ausgewiesenen immateriellen Vermögenswerte besteht kein aktiver Markt, daher erfolgt in der Solvenzbilanz ein Ansatz mit null €. Der Bewertungsunterschied beträgt -6.955 Tsd. € (Vj. -6.547 Tsd. €).

In der Handelsbilanz wird vom Wahlrecht Gebrauch gemacht, den Aktivüberhang an latenten Steuern nicht anzusetzen. In der Solvenzbilanz werden die latenten Steuern gem. IAS 12.74 saldiert. Nach der Verrechnung verbleibt eine latente Steuerschuld. Zur Ermittlung der latenten Steuern siehe Ausführungen unter Kapitel D.3 Sonstige Verbindlichkeiten.

Die eigengenutzten Immobilien werden in der Handelsbilanz mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten verringert um Abschreibungen bewertet. In der Solvenzbilanz werden sie mit den nach dem Ertragswertverfahren ermittelten Zeitwerten (AVM) angesetzt. Bei dem Bewertungsunterschied handelt es sich um die in der Handelsbilanz nicht ausgewiesenen stillen Reserven.

Die Sachanlagen sind in der Handelsbilanz mit den Anschaffungskosten angesetzt und werden linear abgeschrieben (fortgeführte Anschaffungskosten). In der Solvenzbilanz sollen Sachanlagen gemäß IAS 16 (Neubewertungsmodell) mit den Zeitwerten bewertet werden. Aus Proportionalitätsgründen werden sie wie in der Handelsbilanz mit den fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, daher ergibt sich kein Bewertungsunterschied.

Die aus Leasingverträgen resultierenden Rechte zur Nutzung bestimmter Vermögensgegenstände werden in der Solvenzbilanz gemäß IFRS 16 angesetzt. Aus Proportionalitätsgründen werden sie nicht mit dem beizulegenden Zeitwert, sondern mit den Anschaffungskosten verringert um Abschreibungen bewertet. In der Handelsbilanz kommt es zu keinem Ansatz.

Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf		
Bewertungsunterschied	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Eigengenutzte Immobilien	154.468	151.888
Nutzungsrechte Leasingvermögen	5.361	4.685
Summe	159.829	156.573

Die einforderbaren Beträge aus Rückversicherung sind in der Handelsbilanz auf der Passivseite von den versicherungstechnischen Rückstellungen abzusetzen, für die Solvenzbilanz sind sie auf der Aktivseite auszuweisen. Für die bessere Vergleichbarkeit wurde der entsprechende Wert ebenfalls in der Handelsbilanz umgegliedert. Der Bewertungsunterschied beträgt -27.507 Tsd. € (Vj. -54.160 Tsd. €). Eine ausführliche Erläuterung erfolgt unter Punkt D.2 Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen.

Forderungen sind in der Handelsbilanz mit dem Nennwert zu bewerten, soweit nicht Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen vorzunehmen sind.

Die Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern sind in der Solvenzbilanz gemäß IFRS 9 mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Pauschalwertberichtigungen sind nicht zulässig. Durch den Wegfall der Pauschalwertberichtigungen ist der Ausweis in der Solvenzbilanz höher als in der Handelsbilanz.

Der Bewertungsunterschied besteht aus den Pauschalwertberichtigungen und beträgt +1.224 Tsd. € (Vj. +1.150 Tsd. €).

Forderungen gegenüber Rückversicherern sind gemäß IAS 39 (Kredite & Forderungen) mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Forderungen sind abzuzinsen. Da nur Fälligkeiten < 1 Jahr bestehen, muss nicht abgezinst werden, es bestehen keine Bewertungsunterschiede.

Der Posten in der Solvenzbilanz Forderungen (Handel, nicht Versicherung) beinhaltet die sonstigen Forderungen der Handelsbilanz inklusive der dort ausgewiesenen Zinsforderungen aus Kapitalanlagen. Die sonstigen Forderungen sind gemäß IFRS 9 mit dem beizulegenden Zeitwert anzusetzen. Pauschalwertberichtigungen sind nicht zulässig. Die Zinsforderungen aus Kapitalanlagen sind in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen enthalten.

In der Solvenzbilanz wird unter dem Bilanzposten Forderungen (Handel, nicht Versicherung) ein Vermögenswert aus leistungsorientierten Versorgungsplänen für mittelbare Rentenzahlungsverpflichtungen bilanziert. Dieser ist gem. IAS 19.8 nicht als Planvermögen zu klassifizieren und somit nicht mit den Verpflichtungen zu saldieren, sondern als Vermögenswert auszuweisen. Die Bewertung erfolgt gemäß IAS 19. In der Handelsbilanz werden nur unmittelbare Rentenzahlungsverpflichtungen angesetzt und damit auch kein Vermögenswert aus Versorgungsplänen.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus:

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)		
Bewertungsunterschied	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
Zins- und Dividendenforderungen aus Kapitalanlagen	-3.641	-2.482
Vermögenswert aus leistungsorientierten Versorgungszusagen	1.034.102	969.027
Summe	1.030.461	966.545

Der Posten in der Solvenzbilanz Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte beinhaltet die Vorräte und die Steuererstattungsansprüche, die in der Handelsbilanz im Posten Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen werden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten, für die es in der Handelsbilanz einen separaten Posten gibt.

In der Solvenzbilanz sind die Vorräte mit dem Nettoveräußerungswert zu bewerten. Aus Proportionalitätsgründen werden diese mit den in der Handelsbilanz angesetzten Werten bewertet. Dadurch ergibt sich kein Bewertungsunterschied.

Steuererstattungsansprüche sind gemäß IAS 12 mit dem Betrag anzusetzen, um den der bereits gezahlte Betrag den geschuldeten Betrag übersteigt. Fälligkeiten > 1 Jahr sind abzuzinsen. In der Handelsbilanz sind die Anschaffungskosten, d.h. der Zahlbetrag anzusetzen. Die Zinsforderungen aus Kapitalanlagen sind in der Solvenzbilanz in den Kapitalanlagen enthalten. In der Handelsbilanz sind Agien, Disagien und Stückzinsen auf Finanzinstrumente in den Rechnungsabgrenzungsposten auszuweisen. Bei allen sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten entspricht die Solvenzbilanz der Handelsbilanz.

In der Solvenzbilanz ist für zinslose oder niedrig verzinsliche Darlehen (z. B. KfW-Darlehen) eine Forderung in Höhe des Zinsvorteils (Unterschiedsbetrag zwischen dem vereinbarten Zins für das gewährte Darlehen und dem bonitätsgerechten Marktzins, IAS 20.10A) auszuweisen. In der Handelsbilanz ist der Zinsvorteil nicht ausgewiesen.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus:

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte		
Bewertungsunterschied	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
Agio für Schuldscheinforderungen und Darlehen	-1.707	-2.420
Zinsvorteil aus Bankdarlehen	531	532
Zinsforderungen aus Kapitalanlagen	-13.956	-9.193
Summe	-15.132	-11.081

D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen

Grundlagen, Methoden und Annahmen

In der Solvenzbilanz werden **versicherungstechnische Rückstellungen** definiert als die **Summe eines Erwartungswerts und einer Risikomarge**. Der Erwartungswert wird auf der Basis von Zahlungsströmen bewertet. Dabei werden alle zukünftigen Mittelzuflüsse und -abflüsse aus bestehenden Verpflichtungen berücksichtigt.

Der Erwartungswert der **versicherungstechnischen Rückstellungen Schaden** und der **versicherungstechnischen Rückstellungen Kranken nach Art der Schaden** – diesen sind in der Solvenzbilanz die entsprechenden Rückstellungen für das Unfallgeschäft zuzuordnen – setzt sich dabei aus einer Prämienrückstellung und einer Schadenrückstellung zusammen, die jeweils separat gebildet werden.

Die **Prämienrückstellung** bezieht sich auf Schäden, die nach dem Bewertungsstichtag eintreten und sich auf Verträge beziehen, die zum Bewertungsstichtag bereits gezeichnet sind, deren Haftungsbeginn aber ggf. auch erst nach dem Bewertungsstichtag liegt. Für die Ermittlung der Prämienrückstellung wird beim LVM a.G. der vereinfachte Ansatz gemäß technischem Anhang III der EIOPA-Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen verwendet. Daher gehen maßgeblich Beitragsüberträge, die erwarteten Prämieinnahmen aus dem zum Bewertungsstichtag gezeichneten Geschäft und eine geschätzte ökonomische Schaden-/Kostenquote in die Berechnung ein.

Im Gegensatz dazu werden bei der Bewertung der **Schadenrückstellung** alle zukünftigen Zahlungsströme berücksichtigt, die aus Schäden resultieren, die vor dem Bewertungsstichtag eingetreten sind. Die relevanten Zahlungsströme umfassen somit auch Schäden, die zum Bewertungsstichtag schon eingetreten, aber noch nicht gemeldet sind. Für den LVM a.G. wird eine aktuarielle Reserveanalyse durchgeführt, um den Erwartungswert der Schadenrückstellung sowie Schadenzahlungsabwicklungsmuster zu ermitteln. Als wesentliches Berechnungsverfahren findet die multiplikative Methode (Chain-Ladder) Anwendung. Darüber hinaus werden Expertenschätzungen in die Berechnung der Schadenrückstellung einbezogen. Diese umfassen unter anderem Annahmen zur zukünftigen Schadeninflation, die sich auf die Höhe der berücksichtigten

Zahlungsströme auswirkt. Die Schadenrückstellungen beinhalten auch Schadensregulierungskosten, Kapitalanlageverwaltungskosten sowie Poolgeschäft.

Für den LVM a.G. sind zudem **versicherungstechnische Rückstellungen Kranken nach Art der Leben** und **versicherungstechnische Rückstellungen Leben** auszuweisen. Diese beinhalten die Rückstellung für die Rentenfälle aus dem Unfallgeschäft und den UBR-Kapitalanlageanteil. Die Ermittlung der Erwartungswerte für die Posten erfolgt ebenfalls marktkonsistent. Den versicherungstechnischen Rückstellungen Leben sind zudem die Rückstellungen für Rentenfälle aus dem Nichtlebenversicherungsgeschäft zuzuordnen. Derzeit gehen hier die marktkonsistenten Bewertungen der Rentenfälle aus den Haftpflichtsparten ein.

Das Einbeziehen von **Risikomargen** in die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz ist dadurch motiviert, dass die Zahlungsbereitschaft eines anderen Unternehmens für die Übernahme der versicherungstechnischen Rückstellungen ermittelt werden soll. Dieses hat nach Übernahme des Bestands auch die sich aus den Verpflichtungen ergebenden Risiken zu tragen und entsprechende Eigenmittel vorzuhalten. Die Kosten für diese Kapitalhaltung werden als Risikomarge ausgewiesen. Die Berechnung der Risikomarge erfolgt bei dem LVM a.G. auf Basis einer Kapitalkostenmethode, für die zukünftige Solvenzkapitalanforderungen für die dem Versicherungsbestand zuzuordnenden Risiken auf Ebene der Risikosubmodule projiziert und mit einem Kapitalkostensatz von 6% bewertet werden. Die Berechnung erfolgt auf Basis der Methode 2 gemäß EIOPA-Leitlinie 62 zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen – durchgeführt auf Ebene der Risikosubmodule.

Um die bereits beschriebene marktkonsistente Bewertung der Erwartungswerte und Risikomargen durchführen zu können, wird eine Zinsstrukturkurve benötigt. Die Kommission erlässt Durchführungsmaßnahmen für die relevante risikofreie Zinskurve. Diese sind von den Versicherungsunternehmen anzuwenden. Die bisher mit der Veröffentlichung der technischen Informationen beauftragte EIOPA stellt die maßgebliche risikofreie Zinskurve sowie die Volatilitätsanpassung bereit. Für den LVM a.G. wird die von EIOPA veröffentlichte maßgebliche **risikofreie Zinskurve ohne Volatilitätsanpassung und ohne Übergangsmaßnahmen** für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen verwendet.

Vom LVM a.G. werden Rückversicherungsverträge abgeschlossen, um das Unternehmen vor Groß-, Größt- und Kumulschäden abzusichern. Unter dem aktivseitigen Bilanzposten **einforderbare Beträge aus Rückversicherung** werden Ansprüche des LVM a.G. gegenüber Rückversicherern ausgewiesen. Die Bewertung des Postens erfolgt nach denselben Methodiken wie die Bewertung der zugrunde liegenden Rückstellungsposten des LVM a.G.

Quantitative Darstellung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Zum 31.12.2025 sind die gesamten versicherungstechnischen Rückstellungen gemäß Solvency II-Bewertung mit 2.612.229 Tsd.€ (Vj. 2.585.207 Tsd.€) berechnet worden, davon entfallen 2.381.286 Tsd.€ (Vj. 2.314.883 Tsd.€) auf den Erwartungswert und 230.943 Tsd.€ (Vj. 270.324 Tsd.€) auf die Risikomarge. In der Handelsbilanz werden die versicherungstechnischen Rückstellungen derzeit mit 5.524.273 Tsd.€ (Vj. 5.202.096 Tsd.€) bewertet.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen setzen sich für den LVM a.G. aus 2.070.830 Tsd. € (Vj. 2.020.023 Tsd. €) versicherungstechnischen Rückstellungen Schaden, 81.757 Tsd. € (Vj. 79.893 Tsd. €) versicherungstechnischen Rückstellungen Kranken nach Art der Schaden, 77.809 Tsd. € (Vj. 83.941 Tsd. €) versicherungstechnischen Rückstellungen Kranken nach Art der Leben und 381.833 Tsd. € (Vj. 401.350 Tsd. €) versicherungstechnischen Rückstellungen Leben zusammen.

Vt. Rückstellungen zum 31.12.2025 in Tsd. €		
	Solvenzbilanz	Handelsbilanz
Vt. Rückstellungen Schaden	2.070.830	4.090.525
davon Erwartungswert	1.858.613	
davon Risikomarge	212.217	
Vt. Rückstellungen Kranken nach Art der Schaden	81.757	396.456
davon Erwartungswert	64.644	
davon Risikomarge	17.113	
Vt. Rückstellungen Kranken nach Art der Leben	77.809	141.454
davon Erwartungswert	77.437	
davon Risikomarge	372	
Vt. Rückstellungen Leben	381.833	431.988
davon Erwartungswert	380.592	
davon Risikomarge	1.241	
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0	463.850
davon Erwartungswert		
davon Risikomarge		
Summe	2.612.229	5.524.273

Die versicherungstechnischen Rückstellungen Schaden werden für die vom LVM a.G. betriebenen Sparten allgemeine Haftpflicht, Kasko, Kraftfahrt-Haftpflicht, Rechtsschutz, Feuer und Sach, Schutzbrief, Transport, verschiedene finanzielle Verluste sowie Kredit und Kautio gebildet.

Vt. Rückstellungen Schaden je Sparte zum 31.12.2025 in Tsd. €				
	Solvenzbilanz			Handelsbilanz
	Schadenrückstellung	Prämienrückstellung	Risikomarge	
Allgemeine Haftpflicht	193.561	12.482	23.761	410.734
Kasko	121.796	-81.765	34.936	198.605
Kraftfahrt-Haftpflicht	966.357	-127.425	49.613	2.332.936
Rechtsschutz	192.394	34.730	10.323	313.820
Feuer und Sach	270.122	256.260	89.172	804.918
Schutzbrief	1.781	2.512	464	3.710
Transport	363	-231	632	2.296
Versch. fin. Verluste	6.367	8.521	3.122	22.613
Kredit und Kautio	585	204	194	895
Summe	1.753.326	105.287	212.217	4.090.525

Die versicherungstechnischen Rückstellungen Kranken nach Art der Schaden in der Solvenzbilanz in Höhe von 81.757 Tsd. € (Handelsbilanz: 396.456 Tsd. €) beinhalten eine

Schadenrückstellung von 113.675 Tsd.€, eine Prämienrückstellung von -49.031 Tsd.€ sowie eine Risikomarge von 17.113 Tsd.€.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen Kranken nach Art der Leben betragen in der Solvenzbilanz 77.809 Tsd.€ (Handelsbilanz: 141.454 Tsd.€).

Die versicherungstechnischen Rückstellungen Leben in der Solvenzbilanz in Höhe von 381.833 beinhalten eine Bewertung von 347.045 Tsd.€ für den UBR-Kapitalanlageanteil (Handelsbilanz: 373.791 Tsd.€), eine marktkonsistente Bewertung für die Renten aus dem Nicht-Lebensversicherungsgeschäft von 33.547 Tsd.€ (Handelsbilanz: 58.197 Tsd.€) und eine Risikomarge von 1.241 Tsd.€.

Die in der Handelsbilanz unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesene Schwankungsrückstellung ist in der Solvenzbilanz Bestandteil der Eigenmittel (vgl. nachfolgende Darstellung je Sparte):

Sonstige vt. Rückstellungen je Sparte zum 31.12.2025 in Tsd. €		
	Solvenzbilanz	Handelsbilanz
Allgemeine Haftpflicht	0	2.945
Kasko	0	47.691
Kraftfahrt-Haftpflicht	0	141.428
Rechtsschutz	0	34.675
Feuer und Sach	0	204.300
Schutzbrief	0	0
Transport	0	132
Versch. fin. Verluste	0	27.954
Unfall	0	4.724
Kredit und Kautio	0	0
Summe	0	463.850

Die einforderebaren Beträge aus Rückversicherung werden zum 31.12.2025 in der Solvenzbilanz mit 279.188 Tsd.€ (Vj. 268.207 Tsd.€) bewertet. Der zugehörige Wert in der Handelsbilanz beträgt 306.694 Tsd.€ (Vj. 323.150 Tsd.€).

Qualitative Erläuterung der Unterschiede zwischen der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen in der Handelsbilanz und der Solvenzbilanz

Die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Handelsbilanz setzen sich aus den folgenden Positionen zusammen:

- Beitragsüberträge
- Deckungsrückstellung
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen
- Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen in der Solvenzbilanz unterscheidet sich deutlich von der Bewertung in der Handelsbilanz. In der Solvenzbilanz wird eine Marktwertermittlung vorgenommen. Es wird der Erwartungswert der versicherungstechnischen Rückstellungen ermittelt. In der Handelsbilanz ergibt sich aus dem Grundsatz der Einzelbewertung und dem Vorsichtsprinzip ein deutlich höherer Wert.

Für die Bewertung in der Solvenzbilanz werden die Zahlungsströme auf Basis einer risikolosen Zinsstrukturkurve diskontiert. In der Handelsbilanz werden hingegen nur die Deckungsrückstellungen und die Rentenrückstellungen mit dem Rechnungszins diskontiert.

Des Weiteren kann es bei der Bewertung von Verträgen in der Auslegung der verschiedenen Bilanzierungsvorschriften zur unterschiedlichen Behandlung von Sachverhalten kommen (z.B. unterschiedliche Auslegung der Vertragsgrenzen, Zugehörigkeit zur Versicherungstechnik). Im Gegensatz zu den versicherungstechnischen Rückstellungen in der Handelsbilanz enthalten die versicherungstechnischen Rückstellungen in der Solvenzbilanz auch Zahlungsströme aus Verpflichtungen, die zum Bewertungsstichtag schon gezeichnet sind, deren Haftungsperiode aber erst nach dem Bilanzstichtag beginnt.

In der Solvenzbilanz entfällt die Schwankungsrückstellung. Diese versicherungstechnische Rückstellung dient in der Handelsbilanz zur Ergebnisstabilisierung durch Ausgleich der Schwankung in der Schadenbelastung einzelner Kalenderjahre.

Für die Risikomarge existiert in der Handelsbilanz kein Pendant. Die Risikomarge wird gebildet, um das Risiko abzubilden, das sich für die Schäden bzw. Versicherungsleistungen höhere Auszahlungsströme ergeben als in dem Erwartungswert geschätzt. Für die Berechnung der Risikomarge ist es erforderlich, den sich aus den Verpflichtungen ergebenden Solvenzkapitalbedarf in die Zukunft zu projizieren.

Aktuarielle Einschätzung zur Unsicherheit

Die dargestellten Methoden und Annahmen sind konsistent zur Solvency II-Richtlinie 2009/138/EG. Es wird eine ökonomische Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen vorgenommen, die alle ein- und ausgehenden Zahlungsströme angemessen berücksichtigt. Der Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns wird konsistent zur Prämienrückstellungsberechnung aus den Schadenkostenquoten gemäß der verabschiedeten Unternehmensplanung des LVM a.G. abgeleitet.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich aus der Bewertung langabwickelnder Segmente wie Kraftfahrt-Haftpflicht, allgemeine Haftpflicht und Rechtsschutz. In diesen Segmenten existieren Schäden, deren Abwicklung sich über Jahrzehnte erstreckt bzw. deren Meldung zum Teil erst nach Jahrzehnten erfolgt. Dies birgt eine Schätzunsicherheit, die beispielsweise die Annahmen zur zukünftigen Inflation betrifft. Der Schätzunsicherheit wurde durch Analysen des bestehenden Inflationsumfelds begegnet.

Insgesamt werden die Einschätzungen als verlässlich angesehen. Die Rückstellungen werden mittels allgemein anerkannter aktuarieller Methoden berechnet. Zudem werden Experteneinschätzungen aus den Fachabteilungen einbezogen, um Spartenbesonderheiten hinreichend zu berücksichtigen.

D.3 Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten			
Bilanzposten	Solvenz- bilanz	Handels- bilanz	Differenz
2025 in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	104.662	111.997	-7.335
Rentenzahlungsverpflichtungen	735.595	1.095	734.500
Latente Steuerschulden	723.426	0	723.426
Derivate	139	0	139
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.284	10.222	-938
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten	5.492	0	5.492
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	102.867	120.414	-17.547
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	2.343	2.343	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	100.367	211.705	-111.338
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	298	298	0
Summe	1.784.473	458.074	1.326.399
Vorjahr in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	119.030	125.634	-6.604
Rentenzahlungsverpflichtungen	775.005	1.330	773.675
Latente Steuerschulden	651.292	0	651.292
Derivate	82	0	82
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	9.194	10.222	-1.028
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten	4.803	0	4.803
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	102.127	119.687	-17.560
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	2.164	2.164	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	87.352	188.840	-101.488
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	0	7	-7
Summe	1.751.049	447.884	1.303.165
Veränderung zum Vorjahr in Tsd. €			
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	-14.368	-13.637	-731
Rentenzahlungsverpflichtungen	-39.410	-235	-39.175
Latente Steuerschulden	72.134	0	72.134
Derivate	57	0	57
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	90	0	90
Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten	689	0	689
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	740	727	13
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	179	179	0
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	13.015	22.865	-9.850
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	298	291	7
Summe	33.424	10.190	23.234

Unter dem Posten Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen in der Solvenzbilanz fallen die in der Handelsbilanz verwendeten Bilanzposten Steuerrückstellungen sowie Sonstige Rückstellungen. In der Handelsbilanz sind die Steuerrückstellungen mit dem nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag, d. h. dem Zahlbetrag anzusetzen, bei langfristigen Rückstellungen ist abzuzinsen. Nach IAS 12 muss der Betrag angesetzt werden, den der geschuldete Betrag den bereits gezahlten Betrag übersteigt, auch hier muss bei einer Restlaufzeit von > 1 Jahr abgezinst werden. Da die Steuerrückstellungen nur kurzfristig sind, entfällt eine Abzinsung. Es ergibt sich kein Bewertungsunterschied.

Die sonstigen Rückstellungen werden in der Handelsbilanz in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt, für die Solvenzbilanz nach IAS 37 mit dem bestmöglichen Schätzwert, bei dem auch die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt wird.

Die in der Handelsbilanz enthaltenen Rückstellungen für Innenverpflichtungen dürfen in der Solvenzbilanz nicht angesetzt werden. Die Abzinsung der sonstigen Rückstellungen erfolgt in der Handelsbilanz mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz, für die Solvenzbilanz mit dem Zinssatz, der die spezifischen Risiken der Verpflichtung und die Marktsituation widerspiegelt. Da der Zinssatz in der Solvenzbilanz nach IFRS höher ist als in der Handelsbilanz, ist der Rückstellungsbetrag in der Solvenzbilanz niedriger.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus:

Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen		
Bewertungsunterschied	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
Rückstellung für Innenverpflichtung	-5.411	-5.326
Unterschiedliche Zinssätze bei Abzinsung	-1.924	-1.278
Gesamt	-7.335	-6.604

Bei den Rentenzahlungsverpflichtungen für die Mitarbeitenden handelt es sich um mittelbare Verpflichtungen, die gemäß IAS 19 ebenso anzusetzen sind wie die unmittelbaren Rentenzahlungsverpflichtungen. In der Handelsbilanz (Pensionsrückstellung) sind nur die unmittelbaren Zusagen anzusetzen. In der Solvenzbilanz sind die Rentenzahlungsverpflichtungen mit dem Barwert der erwarteten zukünftigen Zahlungen anzusetzen, in der Handelsbilanz in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Dieser ist mit dem von der deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten 10 Geschäftsjahre abzuzinsen. Aus Proportionalitätsgründen wird bei den unmittelbaren Rentenzahlungsverpflichtungen der HGB-Wert in die Solvenzbilanz übernommen. Der Unterschiedsbetrag beträgt +734.500 Tsd. € (Vj. +773.675 Tsd. €). Die Abnahme des Unterschiedsbetrags resultiert aus dem Zinsanstieg und dem sich daraus ergebenden geringeren Barwert für die mittelbaren Verpflichtungen.

In der Handelsbilanz wird das Wahlrecht gemäß §274 Abs. 1 Satz 2 HGB ausgeübt, den Aktivüberhang an latenten Steuern nicht anzusetzen. In der Solvenzbilanz werden die latenten Steuern in Übereinstimmung mit IAS 12 ermittelt. Sie berechnen sich aus den temporären Bewertungsunterschieden zwischen Solvenz- und Steuerbilanz multipliziert mit den ratifizierten Steuersätzen des jeweiligen Landes, die zum Abschlussstichtag anwendbar bzw. verabschiedet sind. Hierbei wurde die Änderung des Körperschaftsteuergesetzes (§23 Abs. 1 KStG) durch das steuerliche Investitionssofortprogramm bei den zukünftigen Steuersätzen angemessen berücksichtigt. Die aktiven und passiven latenten Steuern werden in der Solvenzbilanz gemäß IAS 12.74 saldiert ausgewiesen.

Nach der Verrechnung verbleibt ein Überhang an latenten Steuerschulden. Die latenten Steuerschulden resultieren i.W. aus folgenden Bilanzposten.

Latente Steuern Geschäftsjahr	
Bewertungsunterschied	2025 Tsd. €
Rentenzahlungsverpflichtungen	195.767
Darlehen und Hypotheken	18.111
Staatsanleihen	17.804
Unternehmensanleihen	16.462
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	9.246
Restliche Posten	18.280
Latente Steueransprüche	275.670
versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung	336.138
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	274.618
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	123.616
Gemischte Fonds	76.484
Sachanlagen für den Eigenbedarf	42.484
versicherungstechnische Rückstellungen - Kranken (nach Art der Nichtlebensversicherung)	37.866
Immobilienfonds	25.222
Fonds für Private Equities	22.472
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	18.560
versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung	16.412
Fonds für infrastrukturelle Investitionen	12.996
Restliche Posten	12.228
Latente Steuerschulden	999.096
Saldierung	-275.670
Gesamt	723.426

Latente Steuern Vorjahr	
Bewertungsunterschied	2024 Tsd. €
Rentenzahlungsverpflichtungen	247.032
versicherungstechnische Rückstellungen - Kranken (nach Art der Lebensversicherung)	44.262
Darlehen und Hypotheken	19.830
Staatsanleihen	16.373
Unternehmensanleihen	16.237
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	11.107
Restliche Posten	27.850
Latente Steueransprüche	382.691
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	308.570
versicherungstechnische Rückstellungen - Nichtlebensversicherung	307.471
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	101.233
versicherungstechnische Rückstellungen - Kranken (nach Art der Nichtlebensversicherung)	74.321
Gemischte Fonds	64.280
Sachanlagen für den Eigenbedarf	49.528
Fonds für Private Equities	35.605
Immobilienfonds	29.809
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	18.312
versicherungstechnische Rückstellungen - Lebensversicherung	18.241
Fonds für infrastrukturelle Investitionen	16.010
Restliche Posten	10.603
Latente Steuerschulden	1.033.983
Saldierung	-382.691
Gesamt	651.292

Der Bewertungsunterschied der Derivate beträgt 139 Tsd. € (Vj. 82 Tsd. €). Die Marktwertmittlung der Derivate wird in Kapitel D1.1 Vermögenswerte beschrieben.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden in der Handelsbilanz mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, für die Solvenzbilanz sind sie mit der risikofreien Zinskurve abzuzinsen. Der Bewertungsunterschied beträgt -938 Tsd. € (Vj. -1.028 Tsd. €).

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Nicht-Kreditinstituten handelt es sich um Leasingverbindlichkeiten. In der Handelsbilanz kommt es hier zu keinem Ansatz. Für die Solvenzbilanz sind diese gemäß IFRS 16 mit dem Barwert der zukünftigen Leasingzahlungen anzusetzen und mit der Effektivzinsmethode folgebewerten. Der Unterschiedsbetrag beträgt +5.492 Tsd. € (Vj. +4.803 Tsd. €).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur kurzfristige Verbindlichkeiten bestehen, muss nicht abgezinst werden. Bei dem Unterschiedsbetrag in Höhe von -17.547 Tsd. € (Vj. -17.560 Tsd. €) handelt es sich um die Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern aus gutgeschriebenen Gewinnanteilen UBR, die in der Solvenzbilanz in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt werden.

Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur Fälligkeiten < 1 Jahr bestehen, muss nicht abgezinst werden, es bestehen keine Bewertungsunterschiede.

Verbindlichkeiten Handel (nicht Versicherung) sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, d.h. langfristige Verbindlichkeiten sind abzuzinsen. Da nur kurzfristige Verbindlichkeiten bestehen, muss nicht abgezinst werden. Die in diesem Posten enthaltenen Steuerverbindlichkeiten sind nach IAS 12 mit dem Betrag anzusetzen, den der geschuldete Betrag den bereits gezahlten übersteigt. Fälligkeiten > 1 Jahr sind abzuzinsen. In der Handelsbilanz ist der Erfüllungsbetrag anzusetzen. Der Wert nach IAS 12 entspricht dem Erfüllungsbetrag. Die in der Handelsbilanz gemäß IDW RS HFA 18 in den sonstigen Verbindlichkeiten passivierten Liquiditätsrückflüsse der Beteiligungsunternehmen werden in der Solvenzbilanz nicht angesetzt, da die Rückzahlungen bereits im Zeitwert der Kapitalanlagen berücksichtigt wurden. Es liegen zu diesen Rückzahlungen noch keine Gesellschaftsbeschlüsse vor. Aus diesem Grund wird unterstellt, dass es sich bei den Zahlungen komplett um Kapitalrückzahlungen handelt. Bei dem Ausweis in der Solvenzbilanz handelt es sich um eine reine Bilanzverkürzung.

Der Bewertungsunterschied resultiert aus Verbindlichkeiten gemäß IDW RS HFA 18 in Höhe von -111.338 Tsd. € (Vj. -101.488 Tsd. €).

Unter dem Solvenzbilanzposten Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten fällt der Rechnungsabgrenzungsposten der Handelsbilanz. Hier werden in der Handelsbilanz die Mietvorauszahlungen und Zinsvorauszahlungen ausgewiesen. Die Mietvorauszahlungen sind in der Solvenzbilanz gemäß IFRS 1.27 (Periodenabgrenzung) ebenfalls unter dem Abgrenzungsposten auszuweisen. Hieraus ergibt sich im Geschäftsjahr ein Bewertungsunterschied von 0 Tsd. € (Vj. -7 Tsd. €).

D.4 Alternative Bewertungsmethoden

Im Bereich der Kapitalanlagen werden alternative Bewertungsmethoden verwendet, sofern für die einzelnen Vermögensgegenstände keine Preise aus aktiven und liquiden Märkten zur Verfügung stehen. Ziel der Bewertung mittels alternativer Methoden ist es, einen ökonomischen Wert zu bestimmen, zu dem die bewerteten Vermögensgegenstände zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt werden können. Welche alternativen Methoden unter Berücksichtigung der Bewertungshierarchie gemäß Artikel 10 DVO zum Einsatz kommen, kann den entsprechenden Ausführungen zu den Bewertungsmethoden im Kapitel D.1 entnommen werden. Im Rahmen der Bewertung werden ausschließlich marktgängige und etablierte Methoden zur alternativen Wertfindung verwendet. Die Vorgaben des Artikels 263 DVO werden dabei berücksichtigt.

D.5 Sonstige Angaben

Sonstige Angaben, die einen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung für Solvenzzwecke haben, sind die Haftungsverhältnisse und sonstigen finanziellen Verpflichtungen.

Durch die Beteiligung an Private Equity-Gesellschaften bestehen für die nächsten Jahre vertraglich zugesagte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 663.177 Tsd. € (Vj. 637.426 Tsd. €). Aus weiteren langfristigen Verträgen (z. B. Immobilien, IT) bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 40.218 Tsd. € (Vj. 44.551 Tsd. €).

E Kapitalmanagement

E.1 Eigenmittel

Ziel des Kapitalmanagements ist es, die jederzeitige Bedeckung der Kapitalanforderungen zu gewährleisten.

Der LVM a.G. verfügt über eine Kapitalmanagementleitlinie, in der die wesentlichen Verfahren zum Kapitalmanagement sowie zum Kapitalmanagementplan festgelegt werden. Der Kapitalmanagementplan bezieht sich auf den Planungshorizont der LVM-Gruppe und beläuft sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren (2026 bis 2030). Die strategische Planung ist Grundlage für den ORSA-Prozess und fließt neben den ORSA-Ergebnissen in den Kapitalmanagementplan mit ein.

Aufgrund der ORSA-Ergebnisse, die über den Geschäftsplanungshorizont eine komfortable Solvenzsituation bescheinigen, ist innerhalb der nächsten 5 Jahre keine Emission von Eigenmitteln erforderlich.

In der Satzung des LVM a.G. ist festgelegt, dass die jährlichen Überschüsse einer Verlustrücklage zuzuführen sind, bis diese 25% der Beitragseinnahmen für eigene Rechnung erreicht hat. Die danach verbleibenden Überschüsse werden jährlich in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt, um damit das Eigenkapital bzw. die Eigenmittel weiter zu stärken.

Die verfügbaren Eigenmittel setzen sich aus folgenden Posten zusammen:

Zusammensetzung der verfügbaren Eigenmittel		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Basiseigenmittel (Tier 1)		
Überschussfonds	2.724	2.702
Ausgleichsrücklage	8.175.157	7.413.193
Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten	1.200	1.200
Basiseigenmittel	8.176.681	7.414.695
Ergänzende Eigenmittel (Tier 2)		
nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Mitgliedsbeiträge	2.790.540	2.517.112
verfügbare Eigenmittel	10.967.221	9.931.807

Sämtliche Basiseigenmittel fallen – gegenüber dem Vorjahr unverändert – in die Tier 1-Kategorie. Alle Basiseigenmittel sind unbefristet.

Von den Eigenmitteln ist der Marktwert der Beteiligung Extremus Versicherungs-AG abzuziehen (1.200 Tsd. €), da auf Gruppenebene die benötigten Informationen vom Unternehmen nicht verfügbar sind.

Es bestehen keine Basiseigenmittel, für die festgelegte Übergangsmaßnahmen nach dem Aufsichtsrecht gelten.

Die ergänzenden Eigenmittel bestehen aus der Nachschussverpflichtung der Mitglieder. Die Höhe dieser berechnet sich aus den gebuchten Beiträgen des Geschäftsjahres unter

Berücksichtigung von Sicherheitsabschlägen und möglichen Kosten. Die ergänzenden Eigenmittel sind der Qualitätsklasse Tier 2 zuzuordnen. Die Genehmigung für die Anrechenbarkeit wurde am 3.1.2017 für eine Anwendung ab dem 31.12.2016 durch die BaFin genehmigt. Mit Schreiben vom 11.11.2019 und 1.12.2022 erfolgte eine Verlängerung der Genehmigung. Mit Schreiben vom 26.8.2025 erfolgte die Verlängerung der Genehmigung bis zum 31.12.2028.

Die Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Zusammensetzung der Ausgleichsrücklage		
	2025	2024
	Tsd. €	Tsd. €
Differenz bei der Bewertung der Vermögenswerte	2.920.437	2.700.371
./ Differenz bei der Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen	-2.909.319	-2.614.187
./ Differenz bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten	1.326.399	1.303.165
+ Gesamtbetrag der Rücklagen und einbehaltenen Gewinne im Jahresabschluss	3.671.800	3.401.800
Ausgleichsrücklage gesamt	8.175.157	7.413.193

Ein negatives Vorzeichen bedeutet, dass der Wert in der Solvenzbilanz geringer als in der Handelsbilanz ist.

Die Zunahme der Differenz bei der Bewertung der Vermögenswerte (220.066 Tsd. €) resultiert vor allem aus den gestiegenen Marktwerten bei den Organismen für gemeinsame Anlagen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen sowie aus dem Planvermögen für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen, dessen Wert nur in der Solvenzbilanz angesetzt wird und sich aufgrund der gestiegenen Marktwerte erhöht hat. Gegenläufig entwickelten sich die Differenz bei den versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Veränderung (-295.132 Tsd. €) resultiert i.W. aus der Zunahme der Schwankungsrückstellung, die in der Solvenzbilanz nicht angesetzt wird sowie durch die Erhöhung der Bewertungsunterschiede bei den versicherungstechnischen Rückstellungen Nichtlebensversicherung, die aufgrund des starken Beitragswachstums und geringer gestiegenen Schadenzahlungen in der Handelsbilanz zu einem starken Anstieg geführt haben, in der Solvenzbilanz dagegen nur zu einer leichten Erhöhung. Bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten erklärt sich die Veränderung (+23.234 Tsd. €) insbesondere durch die Erhöhung der latenten Steuerschulden auf die Bilanzposten Forderungen (Handel, nicht Versicherung) sowie versicherungstechnische Rückstellungen. Latente Steuern sind ausschließlich in der Solvenzbilanz anzusetzen. Darüber hinaus wurde der Jahresüberschuss 2025 in Höhe von 270.000 Tsd. € in die Gewinnrücklagen eingestellt.

Der größte Anteil der Ausgleichsrücklage (55,1%; Vj. 54,1%) resultiert aus der Neubewertung von Aktiva bzw. Passiva und ist somit einer gewissen Volatilität ausgesetzt. Das Asset Liability Management ist in den jährlichen Planungs- und ORSA-Prozess eingebettet. Ausgangspunkt des ALM-Prozesses ist die Unternehmensplanung. Unter Zugrundelegung bestimmter Annahmen (insbesondere Entwicklungen der Kapitalmärkte, Entwicklung des Neugeschäfts in der Versicherungstechnik etc.) wird über einen Planungszeitraum von mindestens 5 Jahren die Entwicklung der Eigenmittel und der Solvenzkapitalanforderungen prognostiziert. Die aus der Planung abgeleiteten Zeitwerte und Duration der versicherungstechnischen Rückstellungen werden bei der Aktualisierung der

strategischen Asset Allokation (SAA) berücksichtigt. In Stressszenarien werden Abweichungen von Planungsannahmen untersucht.

Das handelsrechtliche Eigenkapital besteht aus Gewinnrücklagen. Es betrug am betrachteten Stichtag 3.671.800 Tsd.€. Der wesentliche Unterschied der Basiseigenmittel nach Solvency II zum handelsrechtlichen Eigenkapital besteht darin, dass in den Eigenmitteln zusätzlich die Differenz zwischen der handelsrechtlichen Bewertung und der Bewertung für Solvabilitätszwecke (inkl. latenter Steuern) von 4.503.357 Tsd.€ enthalten ist.

Zusammensetzung der für das MCR und SCR anrechenbaren Eigenmittel		
	2025 Tsd. €	2024 Tsd. €
verfügbare Eigenmittel SCR	10.967.221	9.931.807
anrechenbare Eigenmittel SCR	9.690.222	8.694.337
davon Tier 1	8.176.681	7.414.695
davon Tier 2	1.513.541	1.279.642
verfügbare Eigenmittel MCR	8.176.681	7.414.695
anrechenbare Eigenmittel MCR	8.176.681	7.414.695
davon Tier 1	8.176.681	7.414.695
davon Tier 2	0	0
SCR (Standardformel)	3.027.083	2.559.285
MCR (Standardformel)	756.771	639.821

Die anrechnungsfähigen Beträge der Tier 2-Bestandteile dürfen höchstens 50% der Solvenzkapitalanforderung sowie höchstens 20% der Mindestkapitalanforderung ausmachen. Bei der Mindestkapitalanforderung dürfen ergänzende Eigenmittelbestandteile nicht berücksichtigt werden. Aufgrund dessen ist die Nachschussverpflichtung der Mitglieder bei den Eigenmitteln zur SCR-Bedeckung nur zum Teil und bei den Eigenmitteln zur MCR-Bedeckung gar nicht anrechenbar.

Die Veränderung der verfügbaren Eigenmittel gegenüber dem Vorjahr resultierten aus den vorab beschriebenen Entwicklungen der Basiseigenmittel.

Es existieren keine Einschränkungen zur Übertragung der Eigenmittel innerhalb des Unternehmens.

E.2 Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Zur Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen und Mindestkapitalanforderungen wird für alle Risiko- und Untermodule die Standardformel verwendet. Vereinfachte Berechnungen werden für das Ausfallrisiko, das versicherungstechnische Risiko Leben und das Stornorisiko verwendet. Unternehmensspezifische Parameter finden bei den Berechnungen keine Anwendung.

Die Solvenzkapitalanforderung des LVM a.G. zum 31.12.2025 beträgt insgesamt 3.027.083 Tsd.€. Die Mindestkapitalanforderung liegt insgesamt bei 756.771 Tsd.€.

Die lineare Mindestkapitalanforderung beträgt 494.308 Tsd. €. Sie setzt sich aus einem Wert von 482.005 Tsd. € für Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen und einem Wert von 12.304 Tsd. € für Lebensversicherungsverpflichtungen zusammen. Als Inputgrößen gehen in die Berechnung der Anforderung für Nicht-Lebensversicherungsverpflichtungen versicherungstechnische Nettorückstellungen von 1.821.129 Tsd. € sowie Nettoprämien von 3.628.747 Tsd. € ein. Für die Lebensversicherungsverpflichtungen wurde ein bester Schätzwert von 437.501 Tsd. € in die Berechnung einbezogen. Ferner wurde für Lebensversicherungsverpflichtungen zum Berechnungsstichtag ein Capital at Risk von 64.223 Tsd. € ermittelt. Der ausgewiesene Wert für die Mindestkapitalanforderung ergibt sich, da die Mindestkapitalanforderung aufsichtsrechtlich mindestens 25% der Solvenzkapitalanforderung zu betragen hat.

In der folgenden Tabelle werden die Solvenzkapitalanforderungen nach Risikomodulen der Standardformel aufgeführt. Aus dem betriebenen Unfallversicherungsgeschäft und den zu leistenden Haftpflichtrenten ergibt sich für den LVM a.G. auch ein versicherungstechnisches Risiko Kranken sowie ein versicherungstechnisches Risiko Leben. Zwischen dem Marktrisiko, dem Ausfallrisiko und den versicherungstechnischen Risiken ergibt sich eine Diversifikation in Höhe von 969.303 Tsd. €. Das operationale Risiko wird faktorba- siert berechnet. Es verhält sich proportional zur Beitragseinnahme. Die Risikoadjustie- rung durch latente Steuern beträgt 969.065 Tsd. € – hiervon entfallen 723.426 Tsd. € auf die Umkehrung latenter Steuerverbindlichkeiten, 68.805 Tsd. € auf die aktive latente Steuer auf die Risikomarge und 176.834 Tsd. € auf weitere wahrscheinliche künftige steuerpflichtige Gewinne. Hinsichtlich der weiteren künftigen steuerpflichtigen Gewinne erfolgt eine Berücksichtigung der Erträge aus versicherungstechnischem Neugeschäft, die sich gemäß Unternehmensplanung in der Nach-Schock-Betrachtung ergeben.

Kapitalanforderungen		
in Tsd. €	2025	2024
Mindestkapitalanforderung	756.771	639.821
Solvenzkapitalanforderung	3.027.083	2.559.285
Marktrisiko	3.214.235	2.790.518
Ausfallrisiko	49.256	49.061
Versicherungstechnisches Risiko Leben	11.462	17.450
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	161.692	164.005
Versicherungstechnisches Risiko Schaden	1.413.795	1.332.164
Operationales Risiko	115.011	103.854

Das SCR steigt im Berichtszeitraum um rund 18% (das MCR errechnet sich sowohl zum Beginn als auch zum Ende des Berichtszeitraums als 25% des SCR). Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung der Kapitalmärkte im Berichtszeit- raum einen deutlichen Anstieg des Marktrisikos bedingt.

E.3 Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko wird von dem LVM a.G. nicht verwendet.

E.4 Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Der LVM a.G. verwendet die Standardformel.

E.5 Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Der LVM a.G. hat über das gesamte Jahr 2025 die Solvenz- und Mindestkapitalanforderungen erfüllt.

E.6 Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen über das Kapitalmanagement sind für den Berichtszeitraum nicht zu berichten.

Abkürzungsverzeichnis und Begriffserläuterung

AAB	AAB Management GmbH
Abs.	Absatz
a. D.	außer Dienst
AEM	alternative equity method, angepasste Eigenkapital-Methode
AG	Aktiengesellschaft
a.G.	auf Gegenseitigkeit
AIF	Alternativer Investmentfonds nach §1 Absatz 3 des Kapitalanlage-gesetzbuchs
anr.	anrechenbar
Art.	Artikel
AVM	alternative valuation methods, alternative Bewertungsmethoden
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BP	Basispunkte
BSCR	Basis Solvenzkapitalanforderung
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BSM	Branchensimulationsmodell
BVK	Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute e.V.
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
CMS	Compliance-Managementsystem, bezeichnet die Gesamtheit der im Unternehmen eingerichteten Maßnahmen und Prozesse, um Regel-konformität sicherzustellen
CRA III	Ratingagenturen

CRR	Capital Requirements Regulation, EU-Richtlinie und -Verordnung, welche auf europäischer Ebene die bankaufsichtlichen Regelungen umsetzen, die im Wesentlichen auf dem Basel III-Regelwerk beruhen
d. h.	das heißt
DV	Datenverarbeitung
DVO	Delegierte Verordnung (EU) 2015/35 der Kommission vom 10.10.2014
ECAI	External Credit Assessment Institution
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority, Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
EM-Staatsanleihen	Emerging Markets Staatsanleihen, Staatsanleihen von Schwellenländern
EPIFP	Expected Profit included in Future Premiums, bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn
ESG	Ökonomischer Szenarien Generator
etc.	et cetera, und so weiter
FDL GmbH	LVM Finanzdienstleistungen GmbH
f. e. R.	für eigene Rechnung
ff.	folgende
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer
IDW RS HFA 18	Bilanzierung von Anteilen an Personenhandelsgesellschaften im handelsrechtlichen Jahresabschluss

IFRS	International Financial Reporting Standards (Internationale Rechnungslegungsstandards)
IKS	internes Kontrollsystem
INBV	inflationsneutrales Bewertungsverfahren
inkl.	inklusive
IT	Informationstechnik
i. V. m.	in Verbindung mit
i.W.	im Wesentlichen
KVG	Kapitalverwaltungsgesellschaft
LAS	LVM Agentur System
LKRZV	Lage- und Krisenreaktionszentrum für IT Sicherheit der deutschen Versicherungswirtschaft GmbH
LVM a.G.	LVM Landwirtschaftlicher Versicherungsverein Münster a. G.
LVM-Kranken	LVM Krankenversicherungs-AG
LVM-Leben	LVM Lebensversicherungs-AG
LVM-Pensionsfonds	LVM Pensionsfonds-AG
MaGo	Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an die Geschäftsordnung von Versicherungsunternehmen
MCR	Minimum Capital Requirement, Mindestkapitalanforderung
n. a.	not available, nicht verfügbar
n. A. d. LV	nach Art der Lebensversicherung
n. A. d. SV	nach Art der Schadenversicherung
NGFS	Network for Greening the Financial System, weltweites Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das sich für ein nachhaltiges Finanzsystem einsetzt
Nr.	Nummer
OCR	Own Capital Requirement, Kapitalbedarf der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung der quantifizierbaren Risiken

OFS	Other Financial Sector, andere Finanzbranchen
o. g.	oben genannt
OpRisk	operationelles Risiko
ORSA	Own Risk and Solvency Assessment, unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung
OTC-Derivate	Over The Counter – Derivate, außerbörslich gehandelte Derivate
p. a.	pro anno, jährlich
PFM	Portfolio Management
PKV	private Krankenversicherung
PRIIP	Packaged Retail and Insurance-Based Investment Products, verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte, die einem Anlagerisiko unterliegen
QMP	quoted market price, notierter Marktwert auf aktiven Märkten für identische Kapitalanlagen
QMPS	quoted market price in active markets for similar assets, notierter Marktwert auf aktiven Märkten für ähnliche Kapitalanlagen
QRT	Quantitative Reporting Template, Meldeformulare zur Übermittlung der in Säule III von Solvency II geforderten quantitativen Berichtspflichten.
s.	siehe
SA	symmetrische Anpassung
SAA	Strategic Asset Allocation, strategische Vermögensallokation
SCR	Solvency Capital Requirement, Solvenzkapitalanforderung
SFCR	Solvency and Financial Condition Report, Bericht zur Solvenz- und Finanzlage
SIEM	Security Information and Event Management
Solvenzquote	SCR-Bedeckungsquote
SPV	Special Purpose Vehicle, Zweckgesellschaft
RMS	Risikomanagementsystem

RSP	Risikosteuerung/Projektion
RSR	Regular Supervisory Report, regelmäßiger aufsichtlicher Bericht
RüC	Risikoüberwachung/Compliance
u. a.	unter anderen
UBR	Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr
UFR	Ultimate Forward Rate, Zinssatz zur Berechnung der langfristigen risikofreien Zinsstrukturkurve zur Bewertung der versicherungstechnischen unter Solvency II
uRCF	unabhängige Risikocontrollingfunktion
U-Kasse	LVM Unterstützungskasse GmbH
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VAIT	Rundschreiben zu den „Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT“
vgl.	vergleiche
Vj.	Vorjahr
VmF	versicherungsmathematische Funktion
vt	versicherungstechnisch
WaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
z.B.	zum Beispiel
ZÜB	zukünftige Überschussbeteiligung
zzgl.	zuzüglich

Anhang Meldebögen

Auf den nachfolgenden Seiten sind die Meldebögen für den Bericht über Solvabilität und Finanzlage dargestellt, die gemäß der Durchführungsverordnung (EU) 2023/895 der europäischen Kommission vom 4.4.2023 veröffentlicht werden müssen. In dieser sind die Formate der Meldebögen fest vorgegeben.

Alle Zahlen in den Meldebögen, die Geldbeträge wiedergeben, sind in Tsd.€ dargestellt.

S.02.01.02

Bilanz

Vermögenswerte

	Solvabilität-II- Wert C0010
Immaterielle Vermögenswerte	R0030 0
Latente Steueransprüche	R0040 0
Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen	R0050
Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf	R0060 313.608
Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)	R0070 9.654.500
Immobilien (außer zur Eigennutzung)	R0080 315.610
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	R0090 1.411.994
Aktien	R0100 2.524
Aktien – notiert	R0110 1.657
Aktien – nicht notiert	R0120 867
Anleihen	R0130 1.261.288
Staatsanleihen	R0140 714.034
Unternehmensanleihen	R0150 547.254
Strukturierte Schuldtitel	R0160
Besicherte Wertpapiere	R0170
Organismen für gemeinsame Anlagen	R0180 6.532.592
Derivate	R0190
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	R0200 130.492
Sonstige Anlagen	R0210
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	R0220
Darlehen und Hypotheken	R0230 964.587
Policendarlehen	R0240 12.131
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	R0250 742.126
Sonstige Darlehen und Hypotheken	R0260 210.329
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:	R0270 279.188
Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen	
Krankenversicherungen	R0280 258.659
Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen	R0290 248.100
nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0300 10.559
Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen	
Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und	
indexgebundenen Versicherungen	R0310 20.528
nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen	R0320 19.993
Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und	
indexgebundenen Versicherungen	R0330 535
Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden	R0340
Depotforderungen	R0350
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0360 219.307
Forderungen gegenüber Rückversicherern	R0370 15.959
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	R0380 1.055.395
Eigene Anteile (direkt gehalten)	R0390
In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte,	
aber noch nicht eingezahlte Mittel	R0400
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	R0410 3.697
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	R0420 68.342
Vermögenswerte insgesamt	R0500 12.574.582

	Solvabilität-II- Wert
	C0010
Verbindlichkeiten	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	2.152.587
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	2.070.830
Bester Schätzwert	
Risikomarge	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0520
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530
Bester Schätzwert	R0540 1.858.613
Risikomarge	R0550 212.217
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Krankenversicherung)	R0560 81.757
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570
Bester Schätzwert	R0580 64.644
Risikomarge	R0590 17.113
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600 459.642
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610 77.809
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620
Bester Schätzwert	R0630 77.437
Risikomarge	R0640 372
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650 381.833
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660
Bester Schätzwert	R0670 380.592
Risikomarge	R0680 1.241
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700
Bester Schätzwert	R0710
Risikomarge	R0720
Eventualverbindlichkeiten	R0740
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750 104.662
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760 735.595
Depotverbindlichkeiten	R0770
Latente Steuerschulden	R0780 723.426
Derivate	R0790 139
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800 9.284
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810 5.492
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820 102.867
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830 2.343
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840 100.367
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880 298
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900 4.396.701
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000 8.177.881

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)			Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
		Rechts- schutz- versich- erung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach	
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110	233.807	16.321	36.488					3.839.969
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120	0	0	0					440
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130								
Anteil der Rückversicherer	R0140	1.950	0	2.149					211.662
Netto	R0200	231.857	16.321	34.340					3.628.747
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210	231.277	16.321	35.243					3.809.140
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220	0	0	0					440
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230								
Anteil der Rückversicherer	R0240	1.950	0	2.081					210.042
Netto	R0300	229.326	16.321	33.162					3.599.537
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310	107.404	12.731	17.506					2.148.723
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320	0	0	0					0
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340	261	0	260					76.586
Netto	R0400	107.143	12.731	17.246					2.072.138
Angefallene Aufwendungen	R0550	106.225	7.262	15.883					1.187.785
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufw	R1210								18.351
Gesamtaufwendungen	R1300								1.206.137

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen					Lebensrückversicherungsverpflichtungen		Gesamt	
		Kranken- versich- erung	Versicherung mit Überschuss- beteiligung	Index- und fondsgebun- dene Versicherung	Sonstige Lebensvers- icherung	Renten aus Nichtlebensver- sicherungsver- trägen und im Zusammenhang mit Krankenversich- erungsver- pflichtungen	Renten aus Nichtlebensver- sicherungsver- trägen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsver- pflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversich- erungsverpflich- tungen)	Kranken- rückversich- erung		Lebens- rückversich- erung
Gebuchte Prämien										
Brutto	R1410		17.930						17.930	
Anteil der Rückversicherer	R1420									
Netto	R1500		17.930						17.930	
Verdiente Prämien										
Brutto	R1510		18.078						18.078	
Anteil der Rückversicherer	R1520									
Netto	R1600		18.078						18.078	
Aufwendungen für Versicherungsfälle										
Brutto	R1610		30.955						30.955	
Anteil der Rückversicherer	R1620									
Netto	R1700		30.955						30.955	
Angefallene Aufwendungen	R1900		2.070						2.070	
Bilanz - Sonstige versicherungstechnische Aufw	R2510								-67	
Gesamtaufwendungen	R2600								2.003	
Gesamtaufwendungen	R2700		9.272						9.272	

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	Versicherung mit Überschussbeteiligung	Index- und fondsgebundene		Sonstige Lebensversicherung			Renten aus Nichtlebensversicherungsverträgen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)	
		C0020	C0030	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien	C0060				Verträge ohne Optionen und Garantien
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0020									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert	R0030	347.045					33.547			380.592
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0080						535			535
Bester Schätzwert abzüglich der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0090	347.045					33.012			380.057
Risikomarge	R0100	1.077					164			1.241
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0200	348.122					33.711			381.833

**Versicherungstechnische Rückstellungen
als Ganzes berechnet**

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus
Rückversicherungsverträgen/gegenüber
Zweckgesellschaften und
Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für
erwartete Verluste aufgrund von
Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen
Rückstellungen als Ganzes berechnet

**Versicherungstechnische Rückstellungen
berechnet als Summe aus bestem Schätzwert
und Risikomarge**

Bester Schätzwert

Bester Schätzwert (brutto)

Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus
Rückversicherungsverträgen/gegenüber
Zweckgesellschaften und
Finanzrückversicherungen nach der
Anpassung für erwartete Verluste aufgrund
von Gegenparteiausfällen

Bester Schätzwert abzüglich der einforderbaren
Beträge aus

Rückversicherungsverträgen/gegenüber
Zweckgesellschaften und
Finanzrückversicherungen – gesamt

Risikomarge

**Versicherungstechnische Rückstellungen
– gesamt**

	Krankenversicherung			Renten aus Nichtlebensve- richerungsve- rträgen und im Zusammen- hang mit Krankenversic- herungsverfli- chtungen	Kranken- rückver- sicherung (in Rückdeck- ung übernom- menes Geschäft)	Gesamt (Kranken- versich- erung nach Art der Lebens- versicher- ung)
	Verträge ohne Optionen und Garantien	Verträge mit Optionen oder Garantien				
	C0160	C0170	C0180	C0190	C0200	C0210
R0010						
R0020						
R0030				77.437		77.437
R0080				19.993		19.993
R0090				57.444		57.444
R0100				372		372
R0200				77.809		77.809

S.17.01.02

Versicherungstechnische

Rückstellungen – Nichtlebensversicherung

		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0010									
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0050									
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge										
Bester Schätzwert										
Prämienrückstellungen										
Brutto	R0060		-49.031		-127.425	-81.765	-231	256.260	12.482	204
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0140		600		-5.684	-6.495	0	-2.390	-2.389	
Bester Schätzwert (netto) für Prämienrückstellungen	R0150		-49.631		-121.741	-75.270	-231	258.650	14.870	204
Schadenrückstellungen										
Brutto	R0160		113.675		966.357	121.796	363	270.122	193.561	585
Gesamthöhe der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen	R0240		9.959		184.707	5.194	1	56.732	18.428	
Bester Schätzwert (netto) für Schadenrückstellungen	R0250		103.716		781.650	116.602	362	213.390	175.133	585
Bester Schätzwert gesamt – brutto	R0260		64.644		838.932	40.031	132	526.382	206.043	788
Bester Schätzwert gesamt – netto	R0270		54.084		659.908	41.333	132	472.040	190.004	788
Risikomarge	R0280		17.113		49.613	34.936	632	89.172	23.761	194
		Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft								
		Krankheitskostenversicherung	Einkommensersatzversicherung	Arbeitsunfallversicherung	Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung	Sonstige Kraftfahrtversicherung	See-, Luftfahrt- und Transportversicherung	Feuer- und andere Sachversicherungen	Allgemeine Haftpflichtversicherung	Kredit- und Kautionsversicherung
		C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt										
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	R0320		81.757		888.545	74.967	764	615.554	229.804	982
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteausfällen – gesamt	R0330		10.559		179.023	-1.301	1	54.342	16.039	0
Versicherungstechnische Rückstellungen abzüglich der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen – gesamt	R0340		71.197		709.521	76.269	764	561.212	213.765	982

S.19.01.21

Ansprüche aus Nichtlebensversicherungen

Nichtlebensversicherungsgeschäft gesamt

Schadenjahr/ Zeichnungsjahr	Z0020	Accident year [AY]
--------------------------------	--------------	--------------------

Bezahlte Bruttoschäden (nicht kumuliert)

(absoluter Betrag)

Entwicklungsjahr

Jahr	Entwicklungsjahr											im laufen- den Jahr	Summe der Jahre (kumuliert)			
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +					
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0090	C0100	C0110		C0170	C0180		
Vor	R0100										24.030		R0100	24.030	24.030	
N-9	R0160	848.783	240.461	48.570	25.695	15.438	9.736	7.563	6.233	3.498	3.465		R0160	3.465	1.209.441	
N-8	R0170	882.918	270.103	55.990	29.492	15.321	12.063	7.659	7.936	5.424			R0170	5.424	1.286.906	
N-7	R0180	988.698	298.380	64.319	36.557	18.012	8.641	6.458	6.155				R0180	6.155	1.427.220	
N-6	R0190	970.218	307.118	60.476	32.112	14.811	12.723	8.484					R0190	8.484	1.405.941	
N-5	R0200	925.693	266.958	65.625	34.275	17.074	9.017						R0200	9.017	1.318.643	
N-4	R0210	1.109.908	430.949	114.002	64.944	21.937							R0210	21.937	1.741.741	
N-3	R0220	1.141.800	422.690	95.448	39.835								R0220	39.835	1.699.773	
N-2	R0230	1.246.261	528.868	100.234									R0230	100.234	1.875.364	
N-1	R0240	1.305.436	526.090										R0240	526.090	1.831.526	
N	R0250	1.346.008											R0250	1.346.008	1.346.008	
													Gesamt	R0260	2.090.680	15.166.594

Bestער Schätzwert (brutto) für nicht abgezinste Schadenrückstellungen

(absoluter Betrag)

Entwicklungsjahr

Jahr	Entwicklungsjahr											Jahresende (abgezinste Daten)			
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10 & +				
	C0200	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0290	C0300		C0360		
Vor	R0100										433.360		R0100	322.934	
N-9	R0160	445.823	177.520	115.708	83.575	67.139	55.597	54.685	49.446	42.406	38.541		R0160	29.856	
N-8	R0170	493.391	179.125	117.431	94.036	74.204	70.557	61.858	53.558	49.039			R0170	37.188	
N-7	R0180	533.367	182.545	116.800	75.747	58.690	47.137	41.398	35.412				R0180	27.574	
N-6	R0190	525.283	198.829	118.485	88.265	67.285	57.615	51.609					R0190	40.205	
N-5	R0200	546.939	202.590	128.047	88.975	72.138	60.996						R0200	48.484	
N-4	R0210	769.963	299.158	168.992	110.090	81.554							R0210	66.020	
N-3	R0220	669.058	270.236	155.431	106.585								R0220	86.404	
N-2	R0230	783.372	284.705	170.624									R0230	144.189	
N-1	R0240	836.902	285.178										R0240	253.111	
N	R0250	848.810											R0250	811.036	
													Gesamt	R0260	1.867.001

**S.23.01.01
Eigenmittel**

Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne von Artikel 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35

Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)
 Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen
 Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit
 Überschussfonds
 Vorzugsaktien
 Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio
 Ausgleichsrücklage
 Nachrangige Verbindlichkeiten
 Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche
 Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen

Abzüge

Abzug für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten

Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen

Ergänzende Eigenmittel

Nicht eingezahltes und nicht eingefordertes Grundkapital, das auf Verlangen eingefordert werden kann
 Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen, die nicht eingezahlt und nicht eingefordert wurden, aber auf Verlangen eingefordert werden können

Nicht eingezahlte und nicht eingeforderte Vorzugsaktien, die auf Verlangen eingefordert werden können

Eine rechtsverbindliche Verpflichtung, auf Verlangen nachrangige Verbindlichkeiten zu zeichnen und zu begleichen

Kreditbriefe und Garantien gemäß Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Andere Kreditbriefe und Garantien als solche nach Artikel 96 Absatz 2 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Aufforderungen an die Mitglieder zur Nachzahlung – andere als solche gemäß Artikel 96 Absatz 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie 2009/138/EG

Sonstige ergänzende Eigenmittel

Ergänzende Eigenmittel gesamt

Zur Verfügung stehende und anrechnungsfähige Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR zur Verfügung stehenden Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der SCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

Gesamtbetrag der zur Erfüllung der MCR anrechnungsfähigen Eigenmittel

SCR

MCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur SCR

Verhältnis von anrechnungsfähigen Eigenmitteln zur MCR

Ausgleichsrücklage

Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten

Eigene Anteile (direkt und indirekt gehalten)

Vorhersehbare Dividenden, Ausschüttungen und Entgelte

Sonstige Basiseigenmittelbestandteile

Anpassung für gebundene Eigenmittelbestandteile in Matching-Adjustment-Portfolios und Sondervverbänden

Ausgleichsrücklage

Erwartete Gewinne

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Lebensversicherung

Bei künftigen Prämien einkalkulierter erwarteter Gewinn (EPIFP) – Nichtlebensversicherung

Gesamtbetrag des bei künftigen Prämien einkalkulierten erwarteten Gewinns (EPIFP)

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
R0010					
R0030					
R0040					
R0050					
R0070	2.725	2.725			
R0090					
R0110					
R0130	8.175.157	8.175.157			
R0140					
R0160	0				0
R0180					
R0220	1.200				
R0230					
R0290	8.176.681	8.176.681			0
R0300					
R0310					
R0320					
R0330					
R0340					
R0350					
R0360	2.790.540			2.790.540	
R0370					
R0390					
R0400	2.790.540			2.790.540	
R0500	10.967.221	8.176.681		2.790.540	0
R0510	8.176.681	8.176.681			
R0540	9.690.222	8.176.681	0	1.513.541	0
R0550	8.176.681	8.176.681	0	0	
R0580	3.027.083				
R0600	756.771				
R0620	320,1%				
R0640	1080,5%				

	C0060
R0700	8.177.881
R0710	
R0720	
R0730	2.725
R0740	
R0760	8.175.157
R0770	335
R0780	345.942
R0790	346.278

S.25.01.21

Solvenzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

- Marktrisiko
- Gegenparteiausfallrisiko
- Lebensversicherungstechnisches Risiko
- Krankenversicherungstechnisches Risiko
- Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko
- Diversifikation
- Risiko immaterieller Vermögenswerte
- Basissolvenzkapitalanforderung**

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

- Operationelles Risiko
- Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen
- Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern
- Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG
- Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag**
- Kapitalaufschlag bereits festgesetzt
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ a
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ b
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ c
- davon bereits festgelegte Kapitalaufschläge - § 37 Abs. 1 Typ d

Solvenzkapitalanforderung

Weitere Angaben zur SCR

- Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko
- Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil
- Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Sonderverbände
- Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderungen für Matching-Adjustment-Portfolios
- Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände nach Artikel 304

Annäherung an den Steuersatz

Ansatz auf Basis des durchschnittlichen Steuersatzes

Berechnung der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern

- VAF LS
- VAF LS gerechtfertigt durch die Umkehrung der passiven latenten Steuern
- VAF LS gerechtfertigt durch Bezugnahme auf den wahrscheinlichen zukünftigen zu versteuernden wirtschaftlichen Gewinn
- VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, laufendes Jahr
- VAF LS gerechtfertigt durch Rücktrag, zukünftige Jahre
- Maximum VAF LS

	Brutto-Solvenzkapitalanforderung	USP	Verein-fachungen
	C0110	C0080	C0090
R0010	3.214.235		
R0020	49.256		
R0030	11.462		
R0040	161.692		
R0050	1.413.795		
R0060	-969.303		
R0070	0		
R0100	3.881.137		

	C0100
R0130	115.011
R0140	0
R0150	-969.065
R0160	
R0200	3.027.083
R0210	
R0211	
R0212	
R0213	
R0214	
R0220	3.027.083
R0400	
R0410	2.790.540
R0420	
R0430	
R0440	

	Ja/Nein
	C0109
R0590	Approach not based on average tax rate

	VAF LS
	C0130
R0640	-969.065
R0650	-723.426
R0660	-245.639
R0670	
R0680	
R0690	-969.065

S.28.01.01

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

MCR_{NL}-Ergebnis

	C0010
R0010	482.005

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug der Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	C0020	C0030
	R0020	
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	54.084
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung		217.545
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	787.679
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	46.392
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	132
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	495.741
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	190.004
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	788
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	227.749
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	4.292
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	14.268
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	0

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0040
MCR _L -Ergebnis	R0200 12.304

Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen
 Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen
 Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen
 Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen
 Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen

	Bester Schätzwert (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft) und versicherungs- technische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug der Rückversicherung/ Zweckgesellschaft)
	C0050	C0060
R0210	319.162	
R0220	27.883	
R0230		
R0240	90.456	
R0250	 	64.223

Berechnung der Gesamt-MCR

	C0070
Lineare MCR	R0300 494.308
SCR	R0310 3.027.083
MCR-Obergrenze	R0320 1.362.187
MCR-Untergrenze	R0330 756.771
Kombinierte MCR	R0340 756.771
Absolute Untergrenze der MCR	R0350 4.000
	C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400 756.771